

Präsident Dr. Norbert Lammert

- (A)
- Höfken, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (C)
- Rechte des Bundestages nach den Begleitgesetzen zum Vertrag von Lissabon wahren hier: Einvernehmen mit dem Bundestag vor der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Island herstellen**
- Drucksache 17/260 –
- Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
- ZP 4 Beratung des Antrags der Fraktion der SPD
- Herstellung des Einvernehmens über die Aufnahme von Verhandlungen über den Beitritt der Republik Island zur Europäischen Union**
- Drucksache 17/246 –
- Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union  
Auswärtiger Ausschuss
- ZP 5 Beratung des Antrags der Fraktion der SPD
- Vorschlag der spanischen Regierung für die Änderung der Verträge in Bezug auf die Übergangsmaßnahmen betreffend die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments – Herstellung des Einvernehmens über die Aufnahme von Verhandlungen über Vertragsänderungen gemäß Artikel 48 EUV**
- Drucksache 17/235 – (D)
- Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union
- Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache im Anschluss an die Regierungserklärung 90 Minuten vorgesehen. – Ich darf dazu Einvernehmen feststellen.
- Das Wort zur Abgabe der Regierungserklärung hat die Bundeskanzlerin, Frau Dr. Angela Merkel.
- (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)
- Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin:**  
Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Am 1. Dezember 2009 hat für die Europäische Union, aber auch für uns alle eine neue Ära begonnen, denn der **Vertrag von Lissabon** ist in Kraft getreten. Das ist für mich, für uns und, ich glaube, für jeden überzeugten Europäer ein Grund zur Freude. Lange genau hat es gedauert, dass wir an dieser neuen Vertragsgrundlage gearbeitet haben.
- Mit diesem Vertrag haben wir das am 25. März 2007 in der Berliner Erklärung gesteckte Ziel erreicht. Die Europäische Union steht jetzt auf einer erneuerten gemeinsamen Grundlage. Sie kann ihre ganze Kraft auf die großen politischen Herausforderungen richten. Sie kann damit genau das leisten, was die Bürgerinnen und Bürger von ihr erwarten: Statt sich unentwegt mit sich selbst zu beschäftigen, kann sie nun die Aufgaben und Probleme unserer Zeit anpacken.
- (B)
- 1)
- Ich rufe den Tagesordnungspunkt 6 sowie die Zusatzpunkte 2 bis 5 auf:
- 6 Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin
- zum Europäischen Rat am 10./11. Dezember 2009 in Brüssel und zur UN-Klimakonferenz vom 7. bis 18. Dezember 2009 in Kopenhagen**
- ZP 2 Beratung des Antrags der Abgeordneten Manuel Sarrazin, Viola von Cramon-Taubadel, Ulrike Höfken, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Beitrittsverhandlungen mit Island aufnehmen**
- Drucksache 17/271 –
- Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union (f)  
Auswärtiger Ausschuss
- ZP 3 Beratung des Antrags der Abgeordneten Manuel Sarrazin, Viola von Cramon-Taubadel, Ulrike

1) Ergebnis Seite 914 D

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) Der neue ständige Präsident des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, hat uns beim Europäischen Rat in der vergangenen Woche seine Überlegungen zu seiner Aufgabenwahrnehmung vorgestellt. Er wird und will für größere Kontinuität im Europäischen Rat sorgen. Gerade das war die Intention, über die rotierenden Präsidenschaften hinaus einen Präsidenten für zweieinhalb Jahre zu haben. Er wird auch darauf achten, dass sich der Europäische Rat auf strategische Fragen konzentriert. Herman Van Rompuy hat für diese Neuausrichtung meine volle Unterstützung und die der ganzen Bundesregierung.

Auch die neue Hohe Vertreterin der Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union hat eine große Verantwortung. Catherine Ashton muss dafür sorgen, dass die Europäische Union in der Welt einiger auftritt. Dazu dient auch der neue **Europäische Auswärtige Dienst**; er ist eine der wichtigsten Neuerungen des Vertrages. Für die Bundesregierung haben sowohl der Bundesaußenminister als auch ich Catherine Ashton für den Aufbau des Europäischen Auswärtigen Dienstes persönlich die tatkräftige Unterstützung Deutschlands zugesichert. Das wird eine harte Aufgabe, sicherlich auch einmal spannungsgeladen zwischen der Kommission und den schon für das Auswärtige zuständigen Beamten dort und dem Recht der Mitgliedstaaten; aber wir sind gewillt, diesen Prozess konstruktiv zu begleiten.

- (B) Meine Damen und Herren, mit dem Vertrag von Lisabon sind wir auch, was die **Bedeutung der nationalen Parlamente in der Europapolitik** und damit natürlich auch die Bedeutung des Deutschen Bundestages angeht, in einer neuen Ära angekommen. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes haben wir auch die innerstaatlichen Informations- und Beteiligungsrechte von Bundestag und Bundesrat deutlich gestärkt. Es ist nun noch sichtbarer, als das früher schon der Fall war: Der Deutsche Bundestag trägt eine besondere Verantwortung für die Zusammenarbeit in Europa. Er soll wachsam verfolgen, ob die Organe der Europäischen Union die Prinzipien der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit wirklich achten. Notfalls hat er zu widersprechen. Ohne Zweifel ist das eine Aufgabe, deren Bedeutung man gar nicht hoch genug einschätzen kann. Die Bundesregierung sagt Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, bei der Wahrnehmung dieser Aufgabe jede Unterstützung zu.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Der Deutsche Bundestag wird aber noch mehr leisten müssen: Über die Subsidiaritätsprüfung hinaus wird er sich stärker als früher mit den laufenden europäischen Gesetzesvorhaben auseinandersetzen haben und darüber debattieren müssen. Erst dann können die Bürgerinnen und Bürger Europa besser verstehen. Dann – davon bin ich überzeugt – kann es auch gelingen, Europa transparenter zu machen; denn wenn der Bundestag Europas Politik zu seinem Thema macht, erhöht er auch die Legitimität deutscher Europapolitik. Ich will das hier ausdrücklich sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

- (C) Wenn der Bundestag klar Stellung bezieht, dann unterstützt er auch die deutsche Verhandlungsposition in Brüssel. Über wichtige Gesetzesvorhaben in Brüssel muss auch hier in diesem Hause intensiver als vor Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages debattiert werden. Das gilt selbstverständlich auch für die Themen, die am 10. und 11. Dezember 2009 im Europäischen Rat verhandelt wurden, gerade auch für die Fragen hinsichtlich der Erweiterung der Europäischen Union. Hier haben wir als Bundesregierung stärkere Unterrichtungspflichten und Mitwirkungsmöglichkeiten des Bundestages gesetzlich verankert.

Der Europäische Rat hat angekündigt, dass die Aufnahme von **Beitrittsverhandlungen mit Island und mit Mazedonien** im nächsten Jahr auf der Tagesordnung stehen wird. Die Frage, welche Länder zur Europäischen Union gehören sollen, betrifft alle Bürgerinnen und Bürger. Das muss sich auch in unseren Debatten widerspiegeln, und ich denke, das wird es auch tun.

Meine Damen und Herren, über ein Jahr nach dem Zusammenbruch der amerikanischen Bank **Lehman Brothers** hat der Europäische Rat in der vergangenen Woche auch eine wirtschaftspolitische Standortbestimmung vorgenommen und Lehren aus der Finanz- und Wirtschaftskrise gezogen. Heute können wir feststellen: Durch das entschlossene Eingreifen der Politik konnte Schaden von unserem Land und auch von den anderen Ländern der Europäischen Union abgewendet werden. Der Zusammenbruch unserer Wirtschaft wurde verhindert – nicht mehr und nicht weniger.

- (D) Es kann aber gar nicht oft genug gesagt werden: Die Krise ist keineswegs überwunden. Die einsetzende Erholung ist noch fragil, und deshalb werden wir die bis Ende 2010 angelegten Maßnahmen zur Konjunktur Stabilisierung ohne Abstriche umsetzen. Deren Wirkung wird dann auch aus einer klaren Ausstiegsstrategie gespeist, über die wir auch schon gesprochen haben.

Dabei wird sich Deutschland eng mit seinen Partnern abstimmen, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Ganz besonders mit Blick auch auf den amerikanischen Markt sage ich, dass wir hier noch harte Verhandlungen vor uns haben, um zu einer gemeinsamen Exit-Strategie im Rahmen der G 20 zu kommen. Für uns ist die im Grundgesetz verankerte Schuldenregel auf der einen Seite genauso maßgeblich wie der europäische **Stabilitäts- und Wachstumspakt** auf der anderen.

Wir sehen in Europa derzeit ganz deutlich, dass die Logik des Pakts bestätigt wird: Stabilität ist die Grundlage für Wachstum und Wohlstand. Der Pakt bildet den entscheidenden Rahmen, um das Vertrauen von Privathaushalten, Investoren und Anlegern in die öffentlichen Finanzen und die Stabilität des Euro zu sichern. Ich sage auch mit Blick auf einzelne Länder mit sehr hohen Defiziten: Jeder einzelne Mitgliedstaat ist verantwortlich für gesunde öffentliche Finanzen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das ist die Voraussetzung für langfristiges Wachstum für alle in Europa.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) An dieser Stelle will ich noch einmal darauf hinweisen, dass Deutschland in diesem Jahr mit einem gesamtstaatlichen Defizit von um die 3 Prozent – wir können es noch nicht genau sagen – in Europa eine Spitzenposition einnimmt. Das sollte in diesem Hause bei mancher Diskussion über die finanzielle Lage einmal berücksichtigt werden. Wir haben ganz andere Sorgenkinder in Europa.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir werden unsere Aufgaben zu erledigen haben. Für Deutschland heißt das, dass wir – ich zitiere aus den Empfehlungen des Rates der Wirtschafts- und Finanzminister vom 2. Dezember 2009 – 2011 mit der Konsolidierung zu beginnen und das übermäßige Defizit bis Ende 2013 zu beenden haben. Das bedeutet für uns: Unser Haushaltsdefizit muss dann wieder unter 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegen, wie es im Stabilitäts- und Wachstumspakt für normale Zeiten vorgeschrieben ist.

Meine Damen und Herren, wir werden die europäische Wachstumsstrategie, die bislang Lissabonner Strategie genannt wurde, nunmehr aber einen anderen Namen trägt, weil wir einen Lissabonner Vertrag haben – die Strategie heißt jetzt „EU 2020“ –, neu ausrichten. Darüber haben wir eine erste lebhaftige Diskussion geführt.

Wir haben im Augenblick im Rahmen der bisherigen **Lissabon-Strategie** 20 Ziele, von denen wir annehmen, dass sie kaum einer kennt und aufsagen kann. Deshalb wollen wir uns auf wenige klare **Ziele** konzentrieren: Erstens. Wir müssen Bedingungen schaffen, die unternehmerisches Handeln in Europa stärker fördern.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Zweitens. Wir müssen unsere Forschungs- und Innovationskapazitäten stärken. Drittens. Wir müssen den Übergang in eine kohlenstoffarme Wirtschaft organisieren, um die Klimakatastrophe zu vermeiden, aber auch, um moderne Exportchancen in der Europäischen Union zu stärken und zu entwickeln.

Frühestens beim Europäischen Rat im Frühjahr 2010 werden wir dazu weitere Entscheidungen treffen. Es wird im Februar auch noch einen informellen Sonderrat dazu geben. Ich weiß, dass das ein ambitionierter Zeitplan ist. Aber wegen der Wirtschaftskrise ist es unabdingbar, sich rasch auf eine wirksame Koordinierung der Wirtschaftspolitik in der Europäischen Union zu verständigen.

Wir haben uns beim Europäischen Rat auch erneut mit den Ursachen der Finanzmarktkrise befasst, um die richtigen Lehren für die Zukunft zu ziehen. Wir sind uns einig: Eine solche Krise darf sich nicht wiederholen. Deshalb wurde die neue Architektur der **europäischen Finanzaufsicht** beschlossen und vom Rat noch einmal begrüßt. So wird die Kohärenz der nationalen Aufsicht verstärkt. Die neuen EU-Behörden können auch grenzüberschreitende Finanzgruppen besser beaufsichtigen. Das Europäische Parlament wird sich als Mitgesetzgeber jetzt damit befassen. Wir hoffen, dass die neue Finanzaufsicht schon im Laufe des kommenden Jahres ihre Arbeit aufnehmen kann.

(C) Auch wenn es dem einen oder anderen inzwischen kaum noch passt, so haben wir beim Europäischen Rat dennoch zum wiederholten Male unterstrichen, dass eine Verantwortung für die Gesellschaft auch von den Banken getragen werden muss.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das Verhalten an vielen Finanzplätzen lässt nicht darauf schließen, dass wir noch vor etwas mehr als einem Jahr vor einem wirklichen Abgrund standen. Auch wenn wir inzwischen die Talsohle der Krise erreicht haben, können wir nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Wir entlassen die Banken nicht aus ihrer Verantwortung. Nach der Krise darf es nicht mehr so sein wie vor der Krise. Das ist nicht nur eine finanzpolitische Frage; das ist auch eine moralische Frage. Denn verantwortungsvolles Wirtschaften ist eine der unverzichtbaren Grundlagen unserer sozialen Marktwirtschaft.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Deshalb hat der Europäische Rat noch einmal das wiederholt, was wir schon auf dem G-20-Gipfel festgelegt haben, nämlich den Internationalen Währungsfonds zu bitten, bei der Erarbeitung von Konzepten zur Beteiligung des Finanzsektors an den Kosten der Krisenbewältigung auch die globale Einführung einer **Steuer auf Finanztransaktionen** zu prüfen. Wir hoffen, dass uns auf dem G-20-Gipfel dafür Vorschläge gemacht werden. So etwas geht nur global. Es geht auf gar keinen Fall national oder innerhalb der EU. Aber es kann auch nicht so sein, dass alles einfach so weitergeht wie vorher, und wir müssen hier Lösungen finden.

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Beim Europäischen Rat haben wir auch die Schwerpunkte der Justiz- und Innenpolitik für die nächsten fünf Jahre in Form des **Stockholmer Programms** festgelegt. Hier geht es vor allen Dingen darum, eine vernünftige Balance von Bürgerrechten, Sicherheit und Mobilität zu finden. Darauf hat die Bundesregierung bei den Verhandlungen stets Wert gelegt, und ich glaube, wir können sagen: Wir haben dieses Ziel erreicht. Mit dieser Ausrichtung an den Rechten, den Bedürfnissen und den Interessen der Menschen kommen wir unserem Ziel eines bürgernahen Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ein großes Stück näher.

Natürlich ist die Balance zwischen Sicherheit auf der einen Seite und Standards der Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger auf der anderen Seite keine Frage eines Entweder-odern, sondern es muss uns gelingen, ein Sowohl-als-auch zu finden. Dabei wird Deutschland immer wieder um diese Balance ringen. Europa soll sicherer werden. Die Polizeibehörden werden in Zukunft enger zusammenarbeiten. Damit stärken wir auch europaweit die Bürgerrechte. Ich denke, das ist der richtige Weg.

Nun kann ich diese Regierungserklärung nicht halten, ohne auf den Hauptpunkt des Europäischen Rates zu kommen, der heute und morgen eine entscheidende Rolle spielen wird. Das sind die Vorbereitung und die Durchführung der **UN-Klimakonferenz** in Kopenhagen.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) Ich werde heute Mittag dorthin fahren. Die Nachrichten, die uns erreichen, sind nicht gut. Es ist im Augenblick kein vernünftiger Verhandlungsprozess in Sicht. Aber ich hoffe natürlich, dass die Anwesenheit von über 100 Staats- und Regierungschefs der ganzen Veranstaltung den Impuls gibt, der notwendig ist. Ich glaube, diese Kopenhagener Konferenz ist *der* herausragende Prüfstein dafür, ob es uns gelingen wird, einen neuen Pfad der globalen Entwicklung, einen überzeugenden Kurs der Nachhaltigkeit einzuschlagen. Viele Menschen auf der Welt werden auf uns schauen, ob dies gelingt und ob wir eine Lösung finden.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wenn wir jetzt nicht – das ist unsere Überzeugung – die notwendigen Weichenstellungen vornehmen, riskieren wir dramatische Schäden. Das wird dann besonders die ärmsten Staaten treffen. Aber keiner wird davon verschont sein. Es wird immer wieder so getan, als kostete der Klimaschutz viel Geld, aber selten darüber gesprochen, was Nichthandeln kostet. Alle wirtschaftlichen Berichte sagen uns klar voraus: Wenn es uns nicht gelingt, die Erwärmung auf zwei Grad zu begrenzen, dann werden die Kosten für die eintretenden Schäden um ein Vielfaches höher sein als das, was wir mit einer Änderung unserer Lebensweise jetzt erreichen können. Das ist die Grundlage, auf der wir arbeiten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

- (B) Deshalb brauchen wir erstens eine für alle Staaten geltende Verpflichtung zur Einhaltung des **2-Grad-Ziels**, das heißt die Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs auf maximal 2 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau. Gelingt es nicht, dies für alle als geltende Verpflichtung zu erreichen, dann, muss ich sagen, ist die Klimakonferenz in Kopenhagen gescheitert. Zu dieser Stunde weiß ich nicht, ob das gelingt. Ich darf Ihnen aber sagen: Ich werde zusammen mit unserem Umweltminister alles versuchen, dass es gelingt. Ich denke, wir haben die Unterstützung dieses Hohen Hauses dafür.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Verpflichtung auf das 2-Grad-Ziel bedeutet konkret, dass die Emissionen von Treibhausgasen bis 2050 im Vergleich zu 1990 mindestens halbiert werden müssen. Für die Industriestaaten heißt das, dass sie ihren Ausstoß bis 2050 um mindestens 80 Prozent reduzieren müssen. Das ist eine gewaltige Herausforderung.

Zweitens. Wir müssen den Nachweis führen, dass wir schon heute einen Pfad einschlagen, auf dem wir dieses Langfristziel erreichen können; denn den Fortschritt im Klimaschutz können wir nicht erst 2050 bemessen. Wir brauchen vielmehr **mittelfristige Ziele**, das heißt vor allen Dingen verbindliche und quantitative Ziele für 2020, gegebenenfalls auch für die Zeit danach. Gemessen an den Empfehlungen des Klimarates, sind die bisherigen Zusagen der Industriestaaten noch nicht ausreichend. Der Klimarat sagt uns, dass wir bis 2020 schon an einem Punkt angekommen sein müssen, wo wir zwischen min-

- destens 25 Prozent und 40 Prozent Reduktion haben müssen. Aber wir sind bei den Zusagen noch nicht einmal bei den 25 Prozent angekommen. Es gibt allerdings – das will ich hier nicht verhehlen – bei vielen Industriestaaten im Laufe der letzten zwölf Monate deutliche Bewegungen. Aber diese reichen noch nicht aus. Die **Europäische Union** steht nach wie vor zu ihrem **Angebot**, die Emissionen bis 2020 um 20 Prozent zu verringern. Falls sich die anderen Staaten vergleichbare Ziele setzen, sagen wir: Wir können eine Minderung um 30 Prozent erreichen. Es fehlt im Augenblick nur an Angeboten der anderen Staaten. Ich muss ganz ehrlich sagen: Ein Angebot der Vereinigten Staaten von Amerika zum Beispiel von minus 4 Prozent, bezogen auf 1990, ist an dieser Stelle nicht ambitioniert genug.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

- Drittens. Die Einigung von Kopenhagen muss auch die Klimaschutzmaßnahmen der großen **Schwellenländer** umfassen. Natürlich haben wir Industrieländer eine besondere Verantwortung. Wir müssen vorangehen. Wir tun dies auch. Deutschland hat immer wieder betont: Wir können 40 Prozent Reduktion bis 2020 schaffen. Wir wollen auch unserer besonderen Verantwortung als Hauptverursacher des Klimawandels in der gesamten Industriezeit gerecht werden. Aber richtig ist auch: Seit Verabschiedung der Klimarahmenkonvention im Jahre 1992 in Rio hat sich die Welt völlig verändert. Die Gewichte in der Weltwirtschaft haben sich erheblich verschoben. Ein globales Regime für die Begrenzung der Treibhausgase kann Länder wie China und Indien nicht ausklammern. China ist jetzt der größte Emittent weltweit und hat die Vereinigten Staaten von Amerika in diesem Jahr überholt. Selbst wenn wir in den Industrieländern die Treibhausgasemissionen um 100 Prozent reduzieren würden, die Schwellenländer aber einfach so weitermachen würden, wie sie es heute machen, würden wir das 2-Grad-Ziel nicht erreichen können. Dem müssen wir Rechnung tragen.

Deshalb führt kein Weg daran vorbei, dass in einem ersten Schritt der Zuwachs der jährlichen Emissionen der Schwellenländer begrenzt werden muss. Das wird in Verpflichtungen der Schwellenländer zum Teil in Form von Erhöhung der Energieeffizienz auch deutlich. China hat zum ersten Mal eine quantitative Verpflichtung auf den Tisch gelegt, die Energieeffizienz um 40 bis 45 Prozent zu erhöhen. Allerdings reicht das überhaupt nicht aus, weil es letztlich bei einem Wirtschaftswachstum von etwa 9 Prozent jährlich eine Reduktion um 1,5 Prozent ist. Daran sieht man, wie diese Lücke weiter aufgeht. Daran müssen wir noch weiter arbeiten. Spätestens 2020 brauchen wir auch von den Schwellenländern Reduktionsziele. Ansonsten können wir das Gesamtziel nicht erreichen.

Viertens. Wir wissen, dass wir verlässliche **Finanzierungsmechanismen** zur Bekämpfung des Klimawandels, aber auch zum Technologietransfer brauchen. Deshalb brauchen wir einen schnellen Beginn. Die Europäische Union wird ihren Anteil an 10 Milliarden Dollar oder 7 Milliarden Euro leisten. Das haben wir auf

**Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel**

- (A) dem EU-Rat beschlossen. Auch Deutschland leistet seinen Anteil. Aber wir brauchen vor allen Dingen einen langfristigen Finanzierungsmechanismus; denn ansonsten werden wir in Kopenhagen keinen Erfolg haben. Die Europäische Union hat sich zu diesen langfristigen finanziellen Zusagen bekannt. Das will ich ausdrücklich sagen. Aber den Entwicklungsländern reicht es natürlich nicht, wenn andere Staaten, zum Beispiel die Vereinigten Staaten von Amerika oder auch Japan, an dieser Stelle keinen Beitrag leisten. So wird es jetzt in den letzten Stunden der Kopenhagener Konferenz um das Thema Reduktion auf der einen Seite gehen, aber auf der anderen Seite vor allen Dingen darum, einen langfristigen Finanzierungsmechanismus zu finden, mit nur dessen Hilfe wir aus meiner Sicht erreichen können, dass sich alle zum 2-Grad-Reduktionsziel bekennen. Um diese Dinge muss es gehen.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann müssen Sie sich aber anstrengen!)

– Herr Trittin, ich nehme Sie gerne mit. Wenn Sie andere überzeugen, ist es sehr schön. Ich werde mir allergrößte Mühe geben und auch herzliche Grüße von allen Fraktionen dieses Hauses ausrichten. Mal sehen, was es nützt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Fünftens und letztens. Wir müssen uns in Kopenhagen über das Mandat und den Zeitplan für die Überführung der Kopenhagen-Ergebnisse in ein rechtlich verbindliches **Abkommen** verständigen. Hierbei wird vor allen Dingen notwendig sein – das ist ein großer Diskussionspunkt mit den Schwellenländern –, dass es einen einheitlichen internationalen Verifizierungs-, also Überprüfungsmechanismus gibt; denn es kann nicht sein, dass jeder eine Verpflichtung auf den Tisch legt, die nicht nach einheitlichen Maßstäben überprüft wird. Ich glaube, wir könnten es schaffen, bis Mitte des Jahres 2010 ein solches Abkommen zu erreichen. Auf jeden Fall muss es schnell gehen.

Ich bin der festen Überzeugung: Klimaschutz ist auch bei der Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise einer der Faktoren, die dazu beitragen, dass die Welt sagen kann: Wir haben die Lehren aus dieser weltweiten internationalen Krise gezogen. So wie wir bei G 20 gezeigt haben, dass es uns möglich ist, international zu kooperieren, bietet die Klimakonferenz jetzt die Chance, nicht nur mit 20 Staaten, sondern mit allen UN-Mitgliedstaaten zu zeigen: Jawohl, wir haben die Lektion verstanden. Es gibt eine Vielzahl von Problemen, die wir nur international gemeinsam lösen können. Deutschland ist bereit, hierzu seinen Beitrag zu leisten.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort erhält zunächst der Kollege Ulrich Kelber für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

**Ulrich Kelber (SPD):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Deutschland hat eine große Tradition als treibende Kraft auf Klimaschutzkonferenzen. Frau Bundeskanzlerin, wir erwarten, dass Sie diese Rolle heute und morgen in Kopenhagen wieder übernehmen, und wir wünschen Ihnen dabei viel Erfolg. Ich erwähne das ausdrücklich, weil diese Bundesregierung zum ersten Mal zu einer Klimaschutzkonferenz fährt, ohne einen gemeinsamen beschlossenen **Auftrag des Deutschen Bundestages** für ihre Position zu haben. Der Grund dafür ist der Affront, den Bundesminister Niebel in der letzten Sitzungswoche hier vorbereitet hatte. Er hat in diesem Auftrag festschreiben lassen, dass Deutschland seine finanziellen Zusagen zum Klimaschutz abzieht von schon gemachten Zusagen zur weltweiten Armuts-, Hunger- und Seuchenbekämpfung.

(Birgit Homburger [FDP]: Das stimmt doch gar nicht!)

Diesen brutalen Wortbruch haben wir im Plenum abgelehnt, und deswegen gibt es keinen gemeinsamen Auftrag.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir freuen uns über den breiten Widerstand in Deutschland gegen diesen Versuch, zwei Menschheitsherausforderungen gegeneinander auszuspielen. Wir haben erwartet, Frau Bundeskanzlerin, dass Sie gemeinsam mit Bundesminister Röttgen Herrn Niebel in den Arm gefallen wären. Leider haben Sie nur zugeschaut.

In Kopenhagen warten jetzt zwei Herausforderungen:

Erstens: die Zurückhaltung der beiden größten Emittenten, USA und China. Die USA sind mit nur gut 4 Prozent der Weltbevölkerung für über 20 Prozent der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich. In der Tat, im Kongress wird schon über den Vorschlag des Präsidenten gestritten, obwohl dieser Vorschlag nur ein Zehntel der deutschen Klimaschutzverpflichtungen erfüllt. Wer Führungsmacht in der Welt bleiben möchte, muss auch führend darin sein, seiner Verantwortung gerecht zu werden. Wir erkennen an, dass in den USA beim Klimaschutz manches in Bewegung gekommen ist. Der Größe der Herausforderung wird dieses Land nicht gerecht.

Anders, aber nicht weniger wichtig ist der Fall **China**. Er ist exemplarisch für die großen Schwellenländer. Das Land China hat längst Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz und zum Klimaschutz ergriffen. Aufgrund des hohen Wachstums explodieren die Treibhausgasemissionen trotzdem. Das chinesische Angebot von 40 Prozent weniger Treibhausgasausstoß pro Einheit Bruttoinlandsprodukt reicht nicht; sonst hätte China bis 2020 Länder wie Deutschland auch beim Pro-Kopf-Ausstoß weit überholt. Das würde zur Erreichung des 2-Grad-Ziels nicht ausreichen. Wir erwarten daher eine schnellere Reduzierung des Anstiegs der Emissionen. Außerdem braucht es einen Zeitpunkt in den nächsten zehn Jahren, ab dem die Emissionen in großen Schwellenländern absolut sinken.

(C)

(D)

Ulrich Kelber

- (A) China muss diesen Umstieg aber wesentlich schneller bewältigen, als es die alten Industriestaaten getan haben; deswegen hat China einen Anspruch auf technologische und finanzielle Unterstützung. Was für China gilt, gilt für die anderen Schwellen- und Entwicklungsländer, vor allem für die ärmsten Länder der Welt, umso mehr.

Die zweite Herausforderung in Kopenhagen besteht darin, die **Schwellen- und Entwicklungsländer** zu überzeugen, uns beim Kampf gegen den Klimawandel, den sie nicht verursacht haben, zu unterstützen. Dafür sind Glaubwürdigkeit und die Bereitschaft, sich finanziell ausreichend zu engagieren, notwendig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Diese Glaubwürdigkeit und diese Bereitschaft waren traditionell die deutschen Stärken auf Klimaschutzkonferenzen. Diese Stärken sind noch da; aber sie sind durch Fehler in den letzten Wochen beschädigt worden, allen voran durch Bundesminister Niebel, der sich selber zum Klimaschutzminister erklärt hat, aber gegenteilig handelt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich nenne ein weiteres Beispiel dafür. Deutschland hat angeboten, 420 Millionen Euro jährlich als Anschubfinanzierung für diesen Umstieg der Schwellen- und Entwicklungsländer zur Verfügung zu stellen. Das sind 420 Millionen Euro jährlich für eine Aufgabe, die Bundesminister Röttgen an dieser Stelle am 3. Dezember 2009 als Überlebensfrage bezeichnet hat, 420 Millionen Euro für eine Aufgabe, bei der es nach Ihren Worten, Frau Bundeskanzlerin, um die Grundlagen unseres Lebens geht. Diese Aufgabe ist also 420 Millionen Euro wert. Allein die Subvention für einige Lobbyisten von Hotelketten ist Ihnen jährlich das Drei- bis Fünffache wert.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da werden Sie heute und morgen in Kopenhagen nachlegen müssen.

Stellen Sie bitte endlich klar, dass Deutschland sowohl zu seiner Zusage steht, 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Armutsbekämpfung zu geben, als auch zu seiner Zusage, zusätzlich – ich wiederhole: zusätzlich – die Gelder für den Klimaschutz zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Diese dauernden „Niebel-Kerzen“ sind für Deutschland und für Kopenhagen eine Belastung.

Diese Zusagen stammen nicht nur von Deutschland, sondern von Ihnen persönlich, Frau Bundeskanzlerin: 1997 im Rahmen der Konferenz von Kioto und 2007 im Rahmen der Konferenz von Bali in Ihren jeweiligen Funktionen. Zu diesen Zusagen gehört natürlich auch der Verzicht auf den Trick, die Ausgaben, die deutsche Firmen zur Erfüllung ihrer Klimaschutzaufgaben für Projekte im Ausland ausgeben, ein zweites Mal als Ausgaben für den internationalen Klimaschutz aufrechnen

zu lassen. Diese Tricks haben die Entwicklungs- und Schwellenländer längst durchschaut und haben sie zu Recht satt. (C)

(Beifall bei der SPD)

Ich darf aus der *Frankfurter Rundschau* vom vergangenen Montag zitieren:

Frau Merkel hat zwei Gesichter. Sie ist zu Hause eine große Ökologin, aber wenn es ums Geld für den Klimaschutz geht, steht sie auf der Bremse.

Dieses Zitat stammt von Lumumba Di-Aping, dem Sprecher der G 77 genannten Gruppe der Entwicklungsländer. So erschreckend wird Deutschland mittlerweile wahrgenommen. Kopenhagen kann aber nur zum Erfolg werden, wenn die Entwicklungs- und Schwellenländer uns vertrauen. Deswegen muss Schwarz-Gelb im Klimaschutz wieder zum bewährten deutschen Konsens zurückfinden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe Ihnen gut zugehört, Frau Bundeskanzlerin, als Sie über verlässliche **Finanzierungsinstrumente** gesprochen haben. Ich habe diese Aussage als eine Absage an die Absage von Herrn Niebel an diese Finanzierungsinstrumente verstanden. Diese erneute Zurechtweisung war dringend notwendig. Mit diesen unsinnigen und gefährlichen Alleingängen der letzten Wochen und Monate, mit dem öffentlich verkündeten Aus für die Zusammenarbeit im Klimaschutz mit China – jetzt soll sie 2010 kleinlaut auf Sparflamme fortgesetzt werden –, mit dem Verrechnen von Klimaschutz und Armutsbekämpfung und jetzt mit der Absage durch den dafür zuständigen Minister an Finanzierungsinstrumente für Entwicklungszusammenarbeit und Klimaschutz haben Sie der Konferenz in Kopenhagen und Deutschland schwer geschadet. (D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ihnen ist es zu verdanken, dass Deutschland auf einer Klimaschutzkonferenz erstmals mit dem peinlichen Negativpreis „Fossil of the day“ von etwa 450 Klimaschutzorganisationen ausgezeichnet wurde. Das war im Vorreiterland Deutschland beim Klimaschutz bisher undenkbar.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben es in der Hand, morgen und übermorgen die Fehler von Schwarz-Gelb und die Fehler von Herrn Niebel wieder auszugleichen, wenn Sie Ihre Zögerlichkeit in dieser Frage aufgeben, die Sie überraschenderweise in den letzten Wochen gezeigt haben, nicht in der Zeit zuvor. Wenn Sie zu diesem bewährten deutschen Konsens zurückkehren, kann Deutschland helfen, Kopenhagen doch noch zu einem Erfolg für den Klimaschutz zu machen. Wir hoffen darauf. Wir wünschen Ihnen dabei besten Erfolg.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(A) **Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Nächste Rednerin ist die Kollegin Birgit Homburger für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

**Birgit Homburger (FDP):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser erste Europäische Rat nach dem Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon war wichtig. Ich freue mich darüber, dass das Ziel, für das die FDP seit langem eingetreten ist, nämlich die EU demokratischer und handlungsfähiger zu machen, mit dem Vertrag von Lissabon ein großes Stück vorangekommen ist.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Nun gilt es allerdings auch, dass die neuen Spielregeln mit Leben erfüllt werden. Wir haben jetzt beispielsweise neu eine Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik. Das Ziel muss sein, dass Europa nach außen mit einer Stimme spricht. Es hat sich gerade in den letzten Wochen, gerade in der Vorbereitung auf die Konferenz von Kopenhagen, sehr deutlich gezeigt, wie wichtig das ist. Deswegen ist es wichtig, dass wir beim Aufbau eines Europäischen Auswärtigen Dienstes vorankommen und gemeinsam alles dafür tun, dass die Europäer weltweit gemeinsam auftreten.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

(B) **Informations- und Beteiligungsrechte.** Das ist wichtig. Wir haben damit in diesem Hause auch eine größere Verantwortung für Europa. Das bedeutet, dass es notwendig ist, dass die Bundesregierung den Deutschen Bundestag frühzeitig informiert. Ich bin dankbar, dass die Bundeskanzlerin hier heute Morgen diese Zusage gemacht hat.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben deutlich gemacht, dass Sie erwarten, dass der Deutsche Bundestag seine Verantwortung wahrnimmt. Ich kann Ihnen sagen: Wir werden unsere Verantwortung mit Sicherheit wahrnehmen. Wir werden sehr genau auf die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips achten. Das ist wichtig, auch für die Akzeptanz der Europapolitik bei den Bürgerinnen und Bürgern.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir beginnen damit bei den Schwerpunktthemen, die auf diesem Europäischen Rat beschlossen worden sind.

Zunächst einmal ist da die **europäische Wachstumsstrategie** zu nennen. Die Europäische Kommission soll vor dem nächsten Europäischen Rat im Frühjahr ein Arbeitsdokument in Nachfolge der Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung vorlegen. Sie, Frau Bundeskanzlerin, haben hier heute Morgen schon gesagt, dass dieses Dokument anders heißen soll. Das ist gut so. Wir sind aber der Meinung, dass es künftig auch einen neuen Inhalt braucht. Mehr Wachstum und Beschäfti-

gung bekommen wir nicht durch mehr staatliches Handeln, sondern dadurch, dass wir für bessere Rahmenbedingungen für Unternehmen und damit für mehr Arbeitsplätze in Deutschland und Europa sorgen. (C)

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Deshalb darf es nicht um eine staatsgelenkte Industriepolitik, um Subventionitis und Umverteilung gehen,

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ach! Mit Umverteilung kennen Sie sich doch aus!)

sondern es muss darum gehen, ein besseres Umfeld zu schaffen durch bessere steuerliche Voraussetzungen, durch verbesserte Bildungs- und Forschungspolitik, durch die Ermöglichung von unverfälschtem Wettbewerb im Binnenmarkt und auch dadurch – ich sage das hier ganz ausdrücklich –, dass die Bemühungen zum Bürokratieabbau auf europäischer Ebene verstärkt werden. All das sind Punkte, die umgesetzt werden müssen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Frau Bundeskanzlerin, die EU-Kommission hat ja auch den Auftrag erhalten, einen Aktionsplan zur Umsetzung des **Stockholmer Programms** zur EU-Justiz- und -Innenpolitik vorzulegen. Auch dazu haben Sie gesprochen. Ich sage Ihnen: Wir werden unsere Kontrollfunktion sehr genau wahrnehmen. Die FDP ist bei diesem Punkt der Meinung, dass es bei der Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden zum Beispiel im Rahmen von Europol vor allem darauf ankommt, dass ein hohes Datenschutzniveau sichergestellt und eine klare Trennung von Polizei und Nachrichtendiensten vorgenommen wird. Das sind Dinge, auf die wir achten müssen, wenn in Europa die entsprechende Strategie beschlossen wird. (D)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das gilt auch für die Klimakonferenz in Kopenhagen. Diese Klimakonferenz ist ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu einem verbindlichen **Klimaabkommen**. In der Tat müssen uns die Nachrichten, die uns zurzeit aus Kopenhagen erreichen, sehr traurig stimmen. Ich habe gerade eben eine Eilmeldung gelesen, nach der die dänische Regierung angeblich das Ziel eines umfassenden Abkommens aufgegeben hat. Das halte ich für bedenklich. Wir hätten uns gewünscht, dass es bereits jetzt in Kopenhagen zu einem verbindlichen Klimaabkommen kommt. Wenn das nicht gelingt, müssen wenigstens verbindliche Kernpunkte in Kopenhagen vereinbart werden. Es muss alles dafür getan werden, dass die Chance, die dieses Mal tatsächlich da ist, nachdem die USA einen Strategiewechsel in der Klimapolitik vollzogen haben, genutzt wird. Deswegen ist es richtig und wichtig, dass sich vonseiten der Bundesregierung in Kopenhagen nicht nur der Umweltminister, sondern, Herr Kelber, auch der Entwicklungshilfeminister – dieser hat ja schon an der Konferenz teilgenommen –

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Lieber nicht!)

**Birgit Homburger**

- (A) und ab heute auch die Bundeskanzlerin engagieren, die sich dann noch einmal dafür einsetzen wird, das umzusetzen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Ulrich Kelber [SPD]: Dann soll er bitte schweigen!)

Ich sage Ihnen auch sehr deutlich: Deutschland kann glaubwürdig verhandeln. Unsere Koalition hat der Bundesregierung den Rücken gestärkt, indem wir in der letzten Sitzungswoche im Deutschen Bundestag einen Beschluss gefasst haben, der an Klarheit nichts zu wünschen übrig lässt.

(Ulrich Kelber [SPD]: Das ist ja das Problem!)

Die Selbstverpflichtung Deutschlands, Herr Kelber, bis 2020 die CO<sub>2</sub>-Emissionen auf nationaler Ebene um 40 Prozent zu reduzieren, auch wenn andere nicht so weit gehen, stellt ein CO<sub>2</sub>-Minderungsziel dar, das so klar noch niemals zuvor vom Deutschen Bundestag beschlossen worden ist, auch nicht während Ihrer Regierungszeit.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Ulrich Kelber [SPD]: Das ist unwahr, Frau Homburger! Das wissen Sie!)

Darüber hinaus haben wir beschlossen, dass die Industrieländer eine Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen von mindestens 80 Prozent bis 2050 anbieten sollen. Das ist ein Entgegenkommen und ein Signal an die Entwicklungs- und Schwellenländer.

- (B) Ebenso ist es ein wichtiges Signal, dass der Europäische Rat beschlossen hat, dass die EU-Mitgliedstaaten die Bemühungen der Entwicklungsländer beim Klimaschutz mit 2,4 Milliarden Euro per annum unterstützen.

Das alles sind deutliche Signale, dass wir etwas erreichen wollen. Das wird auch anerkannt und ernst genommen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Jetzt komme ich zu dem Vorwurf, den Sie hier gerade vorgetragen haben, Dirk Niebel würde diese Strategie in irgendeiner Weise konterkarieren. Ich will Ihnen nur einmal sagen, lieber Herr Kelber: Der Versuch in Ihrer Rede, die im Wesentlichen darin bestanden hat, sich am Entwicklungshilfeminister abzuarbeiten, ist jedenfalls keine glaubwürdige Strategie der SPD für eine Klimapolitik.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Entgegen dem, was Sie hier gesagt haben, werden die Gelder eben nicht mit der bisherigen Entwicklungshilfe verrechnet. Mit den Zusagen, die Deutschland im Europäischen Rat gemacht hat, stehen zusätzliche finanzielle Mittel für den Klimaschutz zur Verfügung. Deswegen sage ich Ihnen ganz klar: Das, was Sie hier vorgetragen haben, sind Ausreden; denn Sie sind – anders als wir in der Vergangenheit – aus der Opposition heraus nicht be-

reit, Verantwortung mit zu übernehmen, und das gilt auch für die internationale Klimapolitik. (C)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wenn Sie hier über dieses Thema reden, lieber Herr Kelber, dann sagen Sie der interessierten Öffentlichkeit bitte auch, dass Klimaschutzmittel immer, wenn Sie an der Regierung beteiligt waren, selbstverständlich auf die ODA-Quote angerechnet worden sind. Das war bei Ihnen so, und das werden wir nicht ändern. Diese Mittel werden dazu beitragen, dass wir dem 0,7-Prozent-Ziel, das Sie eingefordert haben, näher kommen. Zur Wahrheit gehört auch, Herr Kelber, dass dieses 0,7-Prozent-Ziel seit den 70er-Jahren nicht erreicht wurde, auch nicht in den elf Jahren unter einer sozialdemokratischen Entwicklungshilfeministerin.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das Ziel, in Kopenhagen weitere Länder ins Boot des internationalen Klimaschutzes zu holen, ist nicht gegen, sondern nur mit wirtschaftlicher Vernunft zu erreichen. Deswegen ist es wichtig, dass Klimaschutz auf internationaler Ebene als **Hightechthema** intoniert wird, nicht als Verzichtserklärung, sondern als zukunftsorientiertes Wachstumsthema für die internationale Wirtschaft.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Also doch kein Klimaschutz!)

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, (D) sehen die Koalition im Deutschen Bundestag und die Bundesregierung die Klimapolitik als ein gesamt-politisches Ziel an, als ein Ziel, das nicht allein vom Umweltministerium verfolgt, sondern von der ganzen Bundesregierung unterstützt wird. Dieser Ansatz hat auch die Unterstützung der Koalition im Deutschen Bundestag. Wenn Sie das nicht mittragen wollen, dann verweigern Sie uns die Unterstützung

(Zurufe von der SPD und der LINKEN: Richtig!)

für eine internationale Klimapolitik, die darauf angelegt ist, international voranzukommen und endlich ein Nachfolgeabkommen zu erreichen. Das ist unser Ziel, und wir werden, auch wenn Sie uns nicht unterstützen, alles dafür tun, dieses Ziel zu erreichen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Das Wort zu einer Kurzintervention erhält der Kollege Kelber.

(Zurufe von der FDP: Oh! – Oh nein!)

**Ulrich Kelber (SPD):**

Frau Kollegin Homburger, Sie werden sich daran gewöhnen müssen, dass Kritik an Ihnen oder einem Minister Ihrer Partei nicht eine Kritik an der Sache ist, sondern auf die Fehler der jeweiligen Person gemünzt ist.

Ulrich Kelber

- (A) Sie haben zwei Vorwürfe in meine Richtung gemacht. Erstens haben Sie gesagt, in Zeiten sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung seien die Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit nicht so gestiegen, wie wir das jetzt von Ihnen einfordern. Ich möchte Ihnen dazu kurz zwei nackte Zahlen präsentieren. Die eine betrifft den realen Haushalt des entsprechenden Ministeriums in diesem Jahr, der unter einer sozialdemokratischen Ministerin um 700 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr gestiegen ist. Im Haushaltsentwurf unter einem Minister Ihrer Regierung sind es – das ist die zweite Zahl – 40 Millionen Euro. Das ist nicht einmal ein Inflationsausgleich. Allein diese zwei nackten Zahlen widerlegen Sie.

Der zweite Punkt – der ist wichtig –: Sie versuchen hier ein Wortspiel. Deutschland hat Vereinbarungen unterschrieben, und es gibt persönliche Zusagen der Frau Bundeskanzlerin, dass wir für den Anstieg der Entwicklungszusammenarbeit zusätzliche Mittel für den Klimaschutz bereitstellen. Sie haben gerade gesagt, gegenüber dem bisherigen Stand der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit legten Sie etwas drauf. Das ist aber nicht einmal die Hälfte der Mittel, die wir zugesagt haben. Damit haben Sie den Vorwurf nur bestätigt: Sie wollen die Zusage, zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen, nicht einhalten, sondern die Mittel verrechnen. Vielen Dank für diese Bestätigung.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(B)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Zur Erwidern Frau Kollegin Homburger.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Jetzt sind wir gespannt! Jetzt aber genau!)

**Birgit Homburger (FDP):**

Herr Kelber, ich habe Ihnen nicht vorgeworfen, dass es nicht einen entsprechenden Aufwuchs gegeben hätte. Ich habe Ihnen vorgeworfen, dass das 0,7-Prozent-Ziel auch in elf Jahren Amtszeit einer sozialdemokratischen Entwicklungshilfeministerin nicht erreicht worden ist. Das war der Vorwurf. Dieser Vorwurf ist und bleibt richtig, auch wenn Sie sich dagegen verwehren.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Widerspruch des Abg. Ulrich Kelber [SPD])

Ich habe deutlich gemacht, dass wir selbstverständlich zusätzlich Mittel in die Hand nehmen. Ich habe das unterstrichen, was international zugesagt worden ist. Wir werden sogar über das hinausgehen, was im Haushaltsentwurf im Augenblick etatisiert ist, und zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen. Denn beim Europäischen Rat wurden von deutscher Seite, von der Bundeskanzlerin über 70 Millionen Euro zusätzlich zugesagt. Das zeigt Ihnen, dass wir das, was wir versprochen haben, sehr wohl umsetzen. Es wird zusätzliche Mittel für den Klimaschutz geben. Im Entwicklungshilferessort sind allein dafür 1 Milliarde Euro eingestellt. Das ist eine

Hausnummer, die auch Sie, lieber Herr Kelber, nicht leugnen können. (C)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Ulrich Kelber [SPD]: Die gibt es doch schon im Etat! Das ist nicht zusätzlich! Die sind schon drin seit letztem Jahr! Das ist Bilanzfälschung!)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Nächster Redner ist der Kollege Dr. Gregor Gysi für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Den Streit zwischen Frau Homburger und Herrn Kelber höre ich zwar gerne. Das Problem ist aber, dass bisher keine Regierung – egal welche – auch nur in die Nähe der Marke gekommen ist, die wir uns einmal international gesetzt hatten, nämlich 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für wirksame Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich mache Ihnen einen Vorschlag, wie wir den Streit schlichten könnten: Wir beschließen gemeinsam – wenn nicht heute, dann meinestwegen im Januar –, dass wir in einem jährlichen Rhythmus die Mittel erhöhen, sodass wir in vier Jahren am Ende dieser Legislaturperiode sagen können: Jetzt stellt Deutschland 0,7 Prozent seines Bruttoinlandsproduktes für wirksame Entwicklungshilfe zur Verfügung. Das könnten wir doch machen. Dann brauchten Sie sich gar nicht mehr zu streiten. (D)

(Beifall bei der LINKEN)

Die Frau Bundeskanzlerin – sie spricht gerade mit Herrn Niebel – hat völlig recht, wenn sie sagt, dass die drohende Klimakatastrophe das **Überleben der Menschheit** gefährdet und dass es um Menschheitsfragen geht. Ich muss zunächst darauf hinweisen: Es ist schon interessant, zu sehen, wie sehr sich unsere Bundesländer für die Menschheitsfragen interessieren. Ich bitte Sie, einmal einen Blick auf die Bundesratsbank zu werfen. Dann können Sie feststellen, welches große Interesse unsere Bundesländer an diesen Menschheitsfragen haben.

(Beifall bei der LINKEN – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die bereiten sich auf morgen früh vor!)

Es ist wahr: Wenn die Klimakatastrophe eintritt, wird es unbeschreibliche Katastrophen geben, auch, aber nicht nur den Untergang von Inselstaaten. Die Bekämpfung der Klimakatastrophe ist ebenso wichtig wie der weltweite Kampf gegen Armut, Elend und Unterdrückung, gegen Tod durch Hunger und gegen Tod durch fehlende medizinische Versorgung. Herr Niebel, wenn Sie anfangen, das gegeneinander aufzurechnen, machen Sie die Menschheit kaputt. Das kann nicht unsere Herangehensweise sein.

Dr. Gregor Gysi

(A) (Beifall bei der LINKEN)

Den Schaden hinsichtlich des Klimas haben die Industriestaaten im fossilen Industriezeitalter angerichtet. Also haben sie doch eine besondere Verantwortung. Der Treibstoff für die Klimakatastrophe waren und sind Erdöl und Erdgas. Es geht – das muss man sich eingestehen – um eine neue Produktions- und Konsumtionsweise, um neue Technologien. Es geht weltweit um die soziale Frage und in gewisser Hinsicht sogar um die Systemfrage.

Menschen müssen ein Interesse am Schutz und am Erhalt ihrer natürlichen Lebensgrundlage haben. Die These, dass wir die Natur zerstören, ist falsch. Das können wir gar nicht; so stark ist der Mensch nicht. Ich gebe Ihnen einmal ein ganz anderes Beispiel: Sie wissen ja, dass der französische Staat seine Atomwaffenversuche immer im Ozean in der Nähe des **Bikini-Atolls** durchgeführt hat. Dort kann von uns keiner mehr hin, weil dieses Gebiet stark kontaminiert ist.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da darfst du gar nicht hinfliegen – wegen CO<sub>2</sub>!)

– Nun warte doch mal, Frau Künast. Du wirst das auch noch verstehen.

(Beifall bei der LINKEN – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bitterfeld lag in der DDR und nicht in der BRD, mein Lieber!)

(B) Dokumentaristen sind dorthin gefahren und haben einen Film gedreht, weil sie sich dafür interessierten, ob es dort noch Tiere und Pflanzen gibt. Da stellte sich Folgendes heraus: Der Mensch kann dort nicht mehr existieren; er braucht riesige Schutzanzüge. Alle Pflanzen und Tiere, die es früher gab, gibt es nicht mehr. Aber es gibt andere Pflanzen und Tiere, denen es nichts ausmacht, schwer kontaminiert zu sein.

Was ich erklären will, ist: Die Natur können wir gar nicht zerstören. Aber wir können die Natur in einem Grade beschädigen, dass wir, die Menschen, hier nicht mehr existieren können. Das ist das Problem. Deshalb brauchte man nur einen einigermaßen klugen Egoismus. Schon das würde ausreichen, um endlich etwas für den Klimaschutz zu tun. Leider haben wir so viele doofe Egoisten, die nicht einmal das begreifen.

(Beifall bei der LINKEN)

Es geht beim Klimaschutz um unsere Kinder, unsere Enkel, unsere Urenkel. Es geht um die Verhinderung von Flucht, von Armut, von Naturkatastrophen und von neuartigen Kriegen.

Es gibt viele **Unternehmen**, die sich dabei wohlfühlen und auf den Klimaschutz hoffen, und zwar nicht nur aus egoistischen Interessen, weil sie sich sagen: „Dann geht es meinen Kindern, Enkeln und Urenkeln besser“, sondern auch deswegen, weil sie regenerative Energien und neue Antriebstechniken herstellen sowie energiesparende Maschinen produzieren. Das heißt, sie brauchen genau diese Entwicklung.

Dann gibt es andere Unternehmen und Unternehmensverbände, die immer vor zu viel Klimaschutz warnen, weil sie höhere Kosten befürchten, und sie drohen uns mit dem Abbau von Arbeitsplätzen etc. Daran wundert mich – das muss ich hier wirklich einmal sagen –: Selbst wenn man ein Boss ist, der nur an Profite denkt, man aber Kinder hat, dann will man doch, dass auch die Urenkel noch leben können. Angesichts einer Menschheitsfrage muss doch einmal das kurzfristige Interesse an einem riesigen Profit zurücktreten können. Man muss doch einmal sagen: Ich will, dass meine Enkel und Urenkel hier noch leben können.

(Beifall bei der LINKEN)

Frau Bundeskanzlerin, warum können Sie diesen Bossen nicht einmal erklären, nicht kurzfristig, sondern langfristig zu denken? Selbst jemand, der den Kapitalismus ganz toll findet, kann ihn nur erleben, wenn es die Menschheit noch gibt. Ich begreife es überhaupt nicht, warum sie so uneinsichtig sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Kauder, ich habe es mitbekommen: Die Wirtschaft entscheidet, was die Politik macht.

(Birgit Homburger [FDP]: Genau umgekehrt!)

Aber es gibt Unterschiede in der Wirtschaft. Man muss sich ja nicht nach der kurzfristigen und dümmsten Wirtschaft richten, sondern könnte sich nach den Leuten richten, die etwas weitsichtiger sind. Ich sage es noch einmal: Es gibt einen doofen und einen intelligenten Egoismus. Es ist nicht hinnehmbar, dass der doofe regiert.

(Beifall bei der LINKEN)

Im Übrigen haben viele verstanden, dass es um Menschheitsfragen geht. Deshalb gibt es gewaltige Demonstrationen, nicht nur, aber auch in Kopenhagen. Ich stelle fest, dass die Polizei dort massiv und robust gegen die Demonstrantinnen und Demonstranten vorgeht. Vielleicht wäre es richtiger, robust und massiv gegen diejenigen vorzugehen, die den Schutz des Klimas verhindern.

(Beifall bei der LINKEN)

Eigentlich sollte in Kopenhagen ein **Nachfolgebkommen** zum 2012 auslaufenden Kioto-Protokoll abgeschlossen werden. Es sieht heute nicht danach aus, als ob es zustande komme. Es geht ja nicht nur um neue Ziele für die Minderung des Ausstoßes von Klimagasen in Industrieländern. Es geht auch um Minderungsziele für die Schwellen- und die Entwicklungsländer – darauf haben Sie hingewiesen, Frau Bundeskanzlerin – und auch um die Finanztransfers an Entwicklungsländer. Es geht also nicht nur um Klimaschutz, sondern auch um die Anpassung an die Folgen der Klimawende.

Wir haben jetzt eine Spaltung von Nord-Süd erlebt, wie wir sie so direkt, so unmittelbar und so einheitlich schon lange nicht mehr bei einer UNO-Konferenz erlebt haben. Das sollte uns sehr nachdenklich machen. Die Vorreiterrolle liegt hier eigentlich bei der EU, auch bei Deutschland und übrigens auch bei den USA. Deshalb, Frau Bundeskanzlerin: Wenn das Ganze nicht funktio-

(C)

(D)

Dr. Gregor Gysi

- (A) niert, liegt das auch an den völlig unzureichenden Vorschlägen aus der EU. Dafür tragen Sie eine Mitverantwortung.

(Beifall bei der LINKEN)

Was hat die EU vorgeschlagen? Finanztransfers von 7,2 Milliarden Euro ab 2020. Das ist lächerlich. Die Weltbank, keine linke Einrichtung, hat gesagt: Es müssen 100 bis 150 Milliarden Euro jährlich sein. Aber nichts davon hat die EU beschlossen. Was hat die EU gesagt? Sie will den Klimagasausstoß um 20 Prozent reduzieren und unter bestimmten Bedingungen – Sie haben sie genannt – sogar um 30 Prozent. Jetzt sage ich Ihnen: Heute entsprechen 30 Prozent den 20 Prozent von vor der Krise. Es ist keine gewaltige Leistung, die dort angeboten wird. Wir brauchen ein Minderungsziel von 40 Prozent bis zum Jahre 2020 gegenüber 1990. Anders werden wir die Klimakatastrophe nicht verhindern. Wenn wir diese Reduzierung nicht hinkriegen, werden wir eine Erderwärmung erleben, die sich nicht auf 2 Grad begrenzen lässt, sondern bei 3,5 Grad oder, wenn alle so weitermachen wie bisher, sogar bei 6,5 Grad liegen wird, was zu unbeschreiblichen Katastrophen führen würde.

Frau Bundeskanzler, Sie haben ein langfristiges Ziel für den Zeitraum bis zum Jahre 2050 formuliert. Wenn aber bei den Verhandlungen in Kopenhagen für den Zeitraum bis 2020 nichts herauskommt, dann ist die Konferenz schon gescheitert; denn das Ziel bis 2050 ist viel zu langfristig. Dann werden wir das Ziel hinsichtlich der Verhinderung der Erderwärmung nicht erreichen.

- (B) Nun sprechen wir einmal von **Deutschland** und dem Ziel, die Emissionen im Vergleich zu 1990 um 40 Prozent zu mindern. Ich habe nichts dagegen, dass Sie dieses Ziel verkünden; aber der Ehrlichkeit halber hätten Sie, Frau Bundeskanzler, noch erwähnen können, dass die Emissionsminderungen wegen der Deindustrialisierung des Ostens hervorragend gelingen können. Nur deswegen sind solche Ziele für Deutschland überhaupt zu erreichen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich sage noch einmal: Bei den Zahlungen an die **Entwicklungsländer** kann es nicht um eine einmalige Zahlung gehen. Es kann auch nicht, wie Herr Niebel meint, um eine Zahlung gehen, bei der man etwas, was schon einmal versprochen wurde, einfach umtütet. Vielmehr muss es um jährliche Zahlungen gehen. Wozu dient der Finanztransfer? Der Norden muss den Süden dafür bezahlen, dass dieser weniger ausstößt, als bei ungebremseter Entwicklung wahrscheinlich wäre. Dafür gewinnen wir hier im Norden Zeit, die wir brauchen, um den ganzen Strukturwandel abfedern zu können. Um es klar zu sagen: Es geht nicht um Almosen an Entwicklungsländer.

Texas bläst heute noch so viel Treibhausgase in die Luft wie ganz Afrika; das ist die Wahrheit. Die Entwicklungsländer müssen mithilfe der Industriestaaten bei ihrer Energieversorgung – im Unterschied zu Europa und Nordamerika – die fossile Phase überspringen oder sie wenigstens schnell hinter sich lassen, damit sie in Zu-

kunft nicht derartige Umweltschäden anrichten, wie sie durch Europa und Nordamerika bereits angerichtet worden sind. Es geht also um Hilfe für die Menschheit, um Hilfe für uns selbst. Schon deshalb ist jede Zurückhaltung skandalös.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Beseitigung der durch Überflutungen und Versalzen der Böden verursachten Schäden ist viel teurer als das, was wir jetzt an Geld einsetzen müssten, um die Klimakatastrophe zu verhindern. Es ist also unser Eigeninteresse, wie es auch unser Eigeninteresse ist, zu verhindern, dass die großen Urwälder dieser Erde für immer verschwinden.

Hier gibt es einmal ein konkretes Angebot von **Ecuador**. Wo bleibt denn da die Antwort der Bundesregierung? Ecuador hat einen riesigen Urwald, darunter liegt sehr viel Erdöl. Das Land hat nun die Möglichkeit, das Öl zu fördern; dann wäre es ökonomisch versorgt. Ecuador ist das erste Land, das der internationalen Gemeinschaft einen anderen Weg anbietet und sagt: Wir lassen den Urwald stehen, wenn ihr uns den Schaden zahlt, den wir dadurch haben, dass wir das Erdöl nicht gewinnen. Wo bleiben die Antworten? Ich muss sagen, dass Frau Wieczorek-Zeul zumindest noch freundliche, wohlwollende Briefe geschrieben hat; von Herrn Niebel wage ich das gar nicht zu erhoffen. Das ist das Problem, mit dem wir es hier zu tun haben.

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Herr Kollege.

**Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):**

Herr Präsident, ich bin sofort fertig.

Die USA müssen klare Verbindlichkeiten eingehen. Wenn die USA dies tun, wird es China auch tun.

Herr Röttgen, ich sage Ihnen als Umweltminister eins: Wenn Sie so weitermachen und denken, neue Kohlekraftwerke und die Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke lösten unsere Probleme, dann sage ich Ihnen: Das Ganze geht schief.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Braunkohleverstromung in Brandenburg!)

Sie haben von den erneuerbaren Energien nichts verstanden; das ist das Problem.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, will ich das **Ergebnis der Wahl der Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums** bekannt geben. Abgegebene Stimmkarten 572, alle gültig. Enthalten haben sich drei Kolleginnen und Kollegen. Von den gültigen Stimmen entfielen auf Peter Altmaier 528, Clemens

Präsident Dr. Norbert Lammert

- (A) Binninger 525, Manfred Grund 526, Stefan Müller 511, Michael Hartmann 504, Fritz Rudolf Körper 503, Thomas Oppermann 486, Christian Ahrendt 526, Hartfrid Wolff 517, Wolfgang Nešković 294, Hans-Christian Ströbele 326 Stimmen.<sup>1)</sup>

Die gerade von mir genannten Kolleginnen und Kollegen sind mit Ausnahme des Kollegen Nešković alle mit der erforderlichen Mehrheit gewählt, die ich vorhin mitgeteilt habe.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Das kann doch wohl nicht wahr sein!)

Nach § 2 Abs. 3 des Gesetzes ist die Mehrheit von 312 Stimmen erforderlich. Diese hat der Kollege Nešković nicht erreicht.

Wir setzen die Debatte fort.

Das Wort hat der Kollege Dr. Christian Ruck.

(Abg. Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE] begibt sich zum Präsidium)

– Das machen wir dann sofort anschließend. Dann fahren wir mit möglichen Geschäftsordnungsüberlegungen fort.

Der Kollege Christian Ruck hat nun das Wort. Bitte schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

- (B) **Dr. Christian Ruck** (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Gysi, ich fand Ihre Ausführungen nicht nur platt und konfus, Sie sind auch erstaunlich wenig informiert, wenn es um bestimmte Details geht. Zum Beispiel ist die Diskussion über den Urwald in Ecuador, die wirklich stattgefunden hat, vollkommen an Ihnen vorbeigegangen, und auch mit den letzten Beschlüssen des EU-Rates sind Sie nicht wirklich vertraut. Ich kann mir den Hinweis nicht verkneifen, dass bei jeder Klimadebatte zunächst einmal die klimapolitischen Altlasten des real existierenden Sozialismus ausgeräumt werden mussten. Da hatten wir einiges zu tun.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Einen Tag vor dem Ende der Kopenhagener Konferenz ist es in der Tat noch nicht klar, ob wir zu einem Abschluss kommen. Der Erfolg steht auf Messers Schneide. Es sind noch dicke Bretter zu bohren. Ich möchte die dänische Präsidentschaft ausdrücklich bitten, die Flinte nicht zum falschen Zeitpunkt ins Korn zu werfen, sondern alles zu tun, damit dieses Treffen der Staats- und Regierungschefs in seiner entscheidenden Phase doch noch ein Erfolg wird.

Wir wünschen unserer Kanzlerin viel Fortune dabei, die Steine in gewohnter Erfolgsmanier aus dem Weg zu räumen. Wir haben mit unserer Delegation in Kopenhagen gespürt, wie sehr die Hoffnungen in Kopenhagen

auf Ihnen ruhen, Frau Bundeskanzlerin, und wir wünschen Ihnen viel Erfolg. Aber den Erfolg müssen alle wollen, nicht nur die Deutschen und nicht nur die Europäer. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die EU ist zweifellos Vorreiter in den Kopenhagener Klimaschutzverhandlungen. Die EU hat die weitestgehenden Vorschläge gemacht, die konkretesten Zahlen und auch die deutlichste Bereitschaft für eine politische Einigung vorgelegt. Wenn alle so mitziehen würden, dann könnten wir schon heute viel weiter sein, als wir es tatsächlich sind.

Deutschland hat weltweit die anspruchsvollsten Klimaziele, nämlich eine Senkung der Treibhausgasemissionen um 40 Prozent bis 2020, vorgelegt, und, Herr Gysi, auch konkrete Sofortmaßnahmen für die Entwicklungsländer zwischen 2010 und 2013, nämlich zusätzlich 1,2 Milliarden Euro von Deutschland und 7,2 Milliarden Euro von der gesamten Europäischen Union. In der EU wurden auch konkrete Hilfen in Form eines 100-Milliarden-Pakets bis zum Jahr 2020 vereinbart. Das scheint an Ihnen bisher vorbeigegangen zu sein.

Ich möchte auf die unselige Diskussion „Armut gegen Klima“ eingehen. Für Entwicklungspolitiker – auch nicht für die der letzten Großen Koalition, die in der Entwicklungspolitik nicht ganz erfolglos war – ist folgende Wahrheit nichts Neues: **Klimaschutz** und **Armutsbekämpfung** sind zwei Seiten einer Medaille. Es ist völlig unsinnig, irgendwelche Zahlen wie eine Monstranz vor sich herzutragen und das eine gegen das andere auszuspielen. Die Wahrheit ist, dass man die notwendige Hilfestellung für Entwicklungsländer, um Armut zu bekämpfen und Klimaschutz in den Entwicklungsländern zu betreiben, bereitstellen muss. Man muss auch seriös mit der Frage umgehen: Wie viel Geld ist überhaupt nötig? Herr Kelber, in dieser Frage ging es in Kopenhagen drunter und drüber. Das haben auch die Mitglieder Ihrer Delegation festgestellt. Chávez und andere sagen: 300 Milliarden pro Jahr ab 2020. Andere gehen noch weiter. Ich glaube, wir sollten uns auf dieses postkoloniale Spiel nicht einlassen. Wir stehen zur ODA-Quote, und wir stehen zum Klimaschutz; aber wir sind dagegen, dass man immer wieder den Versuch unternimmt, das eine gegen das andere auszuspielen. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Was wir brauchen, ist eine realistische Einschätzung des Finanzbedarfs. Das ist schwierig. Auch für Fachleute ist es schwierig, den Finanzbedarf für 2020 einzuschätzen. Ich möchte davor warnen, Musterdemokraten wie Chávez oder der sudanesischen Regierung auf den Leim zu gehen. Ich glaube, das bringt nichts. Was wir brauchen, sind Verhandlungspartner, die verantwortungsbewusst sind, auch in den Entwicklungsländern. Natürlich dürfen wir uns den notwendigen Hilfen nicht verschließen.

Ich möchte Ihnen einmal vorlesen, was Ihr Noch-Kollege Verheugen gesagt hat – er hat in einer realistischen Abwägung die EU vor zu hohen Verpflichtungen beim UN-Gipfel gewarnt –:

<sup>1)</sup> Namensverzeichnis der Teilnehmer der Wahl siehe Anlage 7

**Dr. Christian Ruck**

- (A) Die EU darf nicht durch ihre Vorreiterrolle beim Klimaschutz die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie zerstören und sie zwingen, in andere Teile der Welt auszuwandern.

(Ulrich Kelber [SPD]: Da hat er unrecht!)

Sie sollten sich einmal mit Ihren eigenen Leuten beschäftigen, auch mit Kanzler Schröder bei Gazprom.

(Ulrich Kelber [SPD]: Wir haben ihm widersprochen! Widersprechen Sie Herrn Niebel!)

– Das nehme ich zur Kenntnis. Ich habe keinen Grund, Herrn Niebel zu widersprechen.

(Ulrich Kelber [SPD]: Das ist der Unterschied!)

Warum soll ich ihm widersprechen, nachdem er mit China eine neue Zusammenarbeit in Sachen Klimaschutz vereinbart hat?

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Herr Kollege Ruck, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hoppe?

**Dr. Christian Ruck (CDU/CSU):**  
Gut.

**Thilo Hoppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

- (B) Lieber Herr Kollege Ruck, ich stimme Ihnen völlig zu: Entwicklungszusammenarbeit und Klimaschutz müssen zusammengeführt werden; eine gute Entwicklungszusammenarbeit ist gleichzeitig immer auch Klimaschutz. Hier geht es aber um die finanziellen Verpflichtungen. Ich möchte Sie um Klarheit bitten: Wir brauchen eine klare Auskunft, ob die Gelder, die bei den Klimaverhandlungen in Kopenhagen jetzt für den internationalen Klimaschutz zuzusagen sind, die ab 2013 verpflichtend werden, auf die ODA-Quote, die Teil der Millenniumsziele ist, angerechnet werden sollen. Ja oder nein?

**Dr. Christian Ruck (CDU/CSU):**

Herr Hoppe, Sie kennen meine diesbezügliche Meinung. Ich wiederhole sie gerne noch einmal: Zuerst erfüllen wir die ODA-Quote mit all dem, was für die Entwicklungsländer notwendig ist; das bedeutet Armutsbekämpfung, Umweltschutz und Klimaschutz. Ich sehe keinen Grund, angesichts der Finanzmittel, die wir bis zur Erreichung der ODA-Quote noch aufwachsen lassen müssen, schon jetzt zu sagen: Hinzu kommen die Klimashutzmittel. Dafür sehe ich keinen Grund.

Ich sage noch einmal: Wenn die ODA-Mittel für einen wirksamen Klimaschutz in den Entwicklungsländern nicht ausreichen, dann müssen wir natürlich die entsprechenden Mittel nachlegen. Aber warten Sie doch erst einmal ab, wie weit wir kommen. Ich habe Ihnen gerade gesagt – ich glaube, das ist auch Ihre Meinung –: Die Bandbreite der Vorstellungen, was für den Klimaschutz in den Entwicklungsländern ab 2020 notwendig ist, ist so groß, dass wir erst einmal seriöse Zahlen und Forschungsergebnisse brauchen; denn sonst können wir

das jetzt, mehr als zehn Jahre vor 2020, nicht sagen. (C) Dazu stehe ich. Ich glaube, das ist eine vernünftige Politik, auch im Sinne der deutschen Steuerzahler.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, zum Stichwort „deutscher Steuerzahler“ ist auch zu sagen: Wir können die Entwicklungsländer nicht aus einem **transparenten Kontrollverfahren** entlassen. Ich hoffe, auch dabei stimmen Sie mir zu. Der Finanzbedarf ist das eine, aber auch eine effiziente Anlage der Gelder ist Verpflichtung für uns. Es geht darum, die deutschen Steuergelder ordentlich zu verwalten. Deswegen müssen wir gegenüber den Entwicklungs- und den Schwellenländern darauf bestehen, dass es einen ordentlichen und transparenten Kontrollmechanismus gibt. Auch das muss als Signal von hier nach Kopenhagen gehen; denn auch diesbezüglich hakt es deutlich.

Es muss noch ein anderes Signal geben – ich glaube, auch dabei sind wir uns einig –: Eine der kostengünstigsten und wichtigsten Methoden, CO<sub>2</sub>-Emissionen zu reduzieren, ist ein effizienter **Waldschutz**, gerade auch in den Entwicklungsländern. Auch hierum wird heftig gerungen; aber ich glaube, wir haben auch diesbezüglich in den letzten Jahren mit unseren Haushalten deutliche Signale gesetzt.

(D) Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist schon angesprochen worden: Wir werden keinen Erfolg, weder in Kopenhagen noch überhaupt, mit unserer langfristigen Klimaschutzpolitik haben ohne Einbeziehung der Schwellenländer und ohne Einbeziehung der USA. Wir haben uns mit einer Delegation aus dem brasilianischen Parlament getroffen. Wir alle waren beeindruckt, wie sehr die brasilianischen Parlamentarier Signale setzen und voranschreiten wollen mit ihrer Forderung an die eigene Reduktionspolitik. Da können sich sowohl die Inder als auch die Chinesen eine Scheibe abschneiden.

An **China** gerichtet möchte ich auch sagen: Man kann nicht auf der einen Seite mit seiner Armut kokettieren und auf der anderen Seite Weltmachtansprüche stellen. Für eine Weltmacht, wie es China zweifellos ist, ist jetzt die Zeit, Verantwortung für das Klima zu übernehmen.

(Zuruf von der SPD: Das stimmt!)

Aus diesen Gründen möchte ich sowohl an China als auch an Indien appellieren, diese Ansprüche in Verantwortung umzusetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Das Gleiche gilt für die **USA**. Wer in anderen Teilen der Welt Führungsverantwortung beansprucht, muss jetzt auch in der Klimafrage Führung übernehmen. Deswegen hoffe ich, dass der amerikanische Präsident in Kopenhagen tatsächlich Führungsverantwortung bei dieser Schicksalsfrage übernimmt.

Klimapolitik bietet für die **Export- und Technologienation Deutschland** eine Chance für ein **qualitatives Wachstum**. Umwelt ist die Wachstumsbranche des 21. Jahrhunderts. Das sehen übrigens auch die Chinesen und Inder so; das war ein deutliches Zeichen in unseren

Dr. Christian Ruck

- (A) Gesprächen in Kopenhagen. Ganz besonders diese beiden Länder sind bereit, mit uns, mit unseren Firmen, mit unserer Wirtschaft, mit unserer Technologie, zusammenzuarbeiten. Hier ist Offensive angesagt.

Frau Bundeskanzlerin, die Mehrheit dieses Hauses und alle wirklichen Klimaschützer drücken Ihnen für Ihre Mission in Kopenhagen die Daumen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Das Wort hat nun die Kollegin Renate Künast, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

**Renate Künast** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Bundeskanzlerin! Herr Ruck, ich glaube, Sie haben uns mit Ihrer Rede und Ihrer Gesundheitsbetriebe fast an die Grenze des Einschlafens gebracht.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN – Volker Kauder [CDU/CSU]: Ach, Frau Künast!)

Das ist angesichts dieses Themas schade.

Da wir gerade über den Ticker erfahren, dass Regierungskreise in Dänemark sagen, die dänische Regierung habe das Ziel eines umfassenden Abkommens möglicherweise schon aufgegeben, will ich eines zur Debatte hier sagen: Ich glaube, allen voran Sie, Frau Bundeskanzlerin, haben die Bedeutung von Kopenhagen nicht wirklich und wahrhaftig verstanden. Kopenhagen ist nicht nur die wichtigste Wirtschaftskonferenz, wo man die alten Lobbyisten befriedigen muss, damit es ein Weiter-so gibt und keine Wettbewerbsregeln, die hier, aber nicht anderswo gelten, sondern Kopenhagen ist vor allem die wichtigste Klima- und internationale Gerechtigkeitskonferenz. Das ist das Größte. Was Deutschland und die Europäische Union bisher vorgelegt haben, wird dem nicht annähernd gerecht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Da darf es nicht wie in dem üblichen globalen Verhandlungszirkus zugehen, in dem man, bis man in der letzten Nacht nachgibt, immer sagt, man bewege sich nicht, in dem die reichen Länder ihre Privilegien bis zur letzten Nacht mit Klauen und Zähnen verteidigen. Ich fordere Sie auf: Machen Sie sich von dieser mentalen Schwerkraft frei. Begreifen Sie das Ganze als das, was es ist: die zentrale **Gerechtigkeitsfrage** für die, die schon heute existenziell unter dem Klimawandel leiden. Darin liegt auch eine zentrale Chance für uns, die wir noch nicht so viel leiden; denn wir haben die Möglichkeit, einen wirtschaftlichen Aufbruch statt einen wirtschaftlichen Niedergang zu organisieren. Das ist Kopenhagen!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Dieses Geziehe und Gezerre geht mir auf die Nerven. Außerdem läuft Ihr

Norbert Röttgen wie der Malermeister der CDU mit einem großen Eimer Farbe durch das Land und tüncht alles grün. Immer wieder heißt es, wir müssten anders leben. Ich fordere Sie auf: Fangen Sie doch an, anders zu leben, anders zu wohnen, anders zu produzieren und zu transportieren!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Fangen Sie in Kopenhagen damit an! Sagen Sie: Kopenhagen ist für uns die Chance, endlich den notwendigen **Strukturwandel** der deutschen Wirtschaft, die geprägt ist von Überkapazitäten und Stellenabbau, einzuleiten.

Es ist so, dass nicht nur der Klimawandel bedrohlich voranschreitet, sondern dass es gleichzeitig auch einen Wahnsinnsschub bei der Energietechnologieentwicklung gibt. Ich glaube, hier haben wir ökonomische Möglichkeiten. Wenn ich als Grüne dies zu begründen hätte – abgesehen vom Klimawandel und den Menschen, deren Existenz bedroht ist und die leiden –, würde ich sagen: Lösen wir in Deutschland, wir als Deutsche in und mit der Europäischen Union durch ein ganz gezieltes Erbringen von Vorleistungen und durch Voranschreiten einen Wettbewerbsdruck auf andere aus, statt immer zu sagen: China oder Obama haben sich noch nicht bewegt. – Wir könnten vorne sein, Arbeitsplätze schaffen und den Rest hinter uns herziehen, statt eine Schnecke zu sein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Seien wir ein Leitmarkt! Sagen wir doch: Wir wollen eine Europäische Union der erneuerbaren Energien. – Steigern wir unsere Produktivität durch den intelligenten Umgang mit Energie statt durch Lohndrückerei! Betreiben wir Kostenreduktion zu unserem eigenen Vorteil und für den Klimaschutz! Das wäre sinnvoll. Davon, Frau Bundeskanzlerin, habe ich von Ihnen aber kein einziges engagiertes Wort gehört.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich formuliere es einmal so: Ich habe von Ihnen kein mitleidendes Wort gehört über die Sorgen der Entwicklungsländer, die Sorgen Afrikas, die Sorgen der Länder mit großen Küstenregionen und der Inseln. Das **2-Grad-Ziel** ist für Afrika eine Zumutung. Für Afrika heißt das allgemeine 2-Grad-Ziel, dass es dort um ungefähr 4 Grad wärmer wird. Das führt dazu, dass sich nicht beackerbares Land, Dürren und Hunger weiter massiv ausbreiten. Trotzdem stellen Sie sich hier hin und sagen: Wir sind bereit, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis 2020 um 40 Prozent zu senken, aber erst dann, wenn sich auch andere bewegen. – In Afrika kann sich keiner bewegen, und den Afrikanern kann man nicht sagen: China bewegt sich nicht, deshalb bewegen auch wir uns nicht. – Bedenken Sie den **Zusammenhang zwischen Klimagerechtigkeit und Wirtschaft!** Bewegen wir uns endlich! Seien wir das Land, das den Wettbewerb um Effizienz und intelligente neue Lösungen antreibt, und profitieren wir notfalls sogar selbst davon!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Renate Künast

(A) Ich habe in den letzten Tagen an Michail Gorbatschow gedacht. Ich weiß nicht, ob Sie alle noch in Erinnerung haben, wie die Situation 1989 war – was damals erreicht wurde, kommt manch einem heute ja selbstverständlich vor –: 1989 lebten wir immer noch in einer Blockkonfrontation. Alles, was sich damals ereignete, zum Beispiel im heutigen Tschechien, insbesondere in Prag, oder an der ungarischen Grenze, hat uns richtig ins Herz getroffen. Jede und jeder von uns hatte Angst, dass zur Waffe gegriffen wird. Das gesamte Denken war damals von den zwei großen Blöcken und Systemen dominiert. Immer wieder traf es am Eisernen Vorhang aufeinander und hat sich in alten Kategorien bewegt.

Michail Gorbatschow hat vor dem Fall der Mauer das Bild vom gemeinsamen europäischen Haus benutzt. Ich will dieses Bild weiterentwickeln. Dass wir den Klimawandel aufhalten, ist von solch existenzieller Bedeutung und ungefähr so beachtlich wie der Fall der Mauer, mit dem die Blockkonfrontation beendet wurde. So müssen wir an dieses Thema herangehen. Wir müssen sagen: Auf der einen Erde, die wir haben, wollen wir ein gemeinsames Haus bauen. Dabei darf nicht gezockt werden, dabei sind keine Bedingungen zu stellen, und dabei ist keine Zurückhaltung zu üben. Es darf auch nicht darum gehen, Brosamen vom Tisch der Reichen zu bekommen. Frau Merkel, ich will, dass Deutschland sagt: Wir werden anders wirtschaften, und wir werden den anderen bei ihrer Entwicklung helfen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der SPD)

(B) Frau Merkel, Sie sagen, es macht Sie nervös, ob das alles wirklich zu schaffen ist. Meines Erachtens ist die Wahrheit: Sie sind Teil der mentalen Schwerkraft, die gerade bleiern über Kopenhagen liegt.

Schauen wir uns die beiden Hauptstränge der Verhandlungen einmal an: Das eine sind die **Reduktionsziele**, die die Industrieländer anbieten, das andere sind die **Finanzhilfen**, um globale Gerechtigkeit zu schaffen. Bei den Reduktionszielen frage ich mich: Wie kommt Herr Röttgen eigentlich dazu, mit Grandezza Obama und die USA zu kritisieren? Natürlich kann man sagen: Stimmt, die machen zu wenig. – Aber Hochmut kommt vor dem Fall. Wenn die USA Geld in die technologische Entwicklung investieren, wird das in einer Größenordnung losgehen, dass Sie in einem Jahr hier stehen und tränenden Auges danach fragen: Wo sind denn die deutschen technologischen Entwicklungen? – Halten Sie sich nicht damit auf, andere zu beschimpfen! Sorgen Sie lieber dafür, dass die Europäische Union selber das Kioto-Ziel erreicht; denn davon ist auch sie noch weit entfernt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Frau Merkel, Sie haben in Meseberg große Ziele angekündigt. Sie haben im September 2007 gesagt: Wir richten unsere Energie- und Klimapolitik neu aus. Sie haben ein Paket von Maßnahmen entwickelt, die jetzt Schritt für Schritt umgesetzt werden sollen. Ich weiß nicht, ob Sie dieses Paket noch nicht aufgegeben haben

oder ob die Deutsche Bundespost wieder einmal versagt hat. (C)

(Birgit Homburger [FDP]: Deutsche Post AG! – Jörg van Essen [FDP]: Die Deutsche Bundespost gibt es schon seit Jahrzehnten nicht mehr!)

Von dem Paket, das Sie angekündigt haben, ist jedenfalls bis jetzt keine einzige Maßnahme in der Realität angekommen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Außerdem sind das alles Peanuts, Frau Merkel. Das Wärmegesetz ist ein schlafender Riese. Vor kurzem haben Sie gesagt, man solle sich nicht ständig um die Ausnahmen kümmern, die es gibt, die Gebäudesanierung sei der viel größere Teil. Dann fangen Sie doch einmal an mit der Gebäudesanierung! Dachdämmung? Gestrichen. Nachtspeicherheizungen sollen bleiben. Die Gebäudeenergieausweise sind eine Farce. Sie haben sich beim Thema Energieeffizienz in die Situation manövriert, dass eine Richtlinie, die 2008 umgesetzt sein sollte, bis heute nicht umgesetzt ist. Im Verkehrsbereich vertreten Sie wie die Grottenolme die alten, leistungsstarken Autos, aber nicht Autos, die heute und morgen noch gekauft werden. Ja, wir haben Kurzarbeit, Kurzarbeit, Kurzarbeit. Das kommt aber nicht von ungefähr, meine Herren. Die Krönung ist, dass Sie bei der Frage einer Energiepolitik in Deutschland bis Oktober 2010 blankziehen. Ihre Methode hindert große und kleine Unternehmen in Deutschland momentan daran, in eine andere Energiepolitik zu investieren. Das ist der Malermeister Röttgen, das ist die Bundeskanzlerin. (D)

In NRW wollen Sie den Klimaschutz aus dem Gesetz herausstreichen, damit Sie in Datteln ein neues Kohlekraftwerk bauen können. Das ist keine Glaubwürdigkeit beim Thema Klimaschutz.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bauen wir doch das gemeinsame Haus auf! Hören wir auf, auf Kosten anderer zu leben. Dazu, sage ich Ihnen, brauchen wir nicht nur ein Bekenntnis zur Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes. Wir brauchen einen zweiten Verhandlungsstrang: dass die historischen Verursacher endlich Verantwortung übernehmen.

8,5 Milliarden Euro machen Sie mal eben locker als Steuergeschenke für Hotels und Erben; aber nur 2,4 Milliarden Euro wollen Sie geben, um den Ärmsten der Armen, die existenziell unter dem Klimawandel leiden, zu helfen. Meine Damen und Herren, als Vertreter der größten Volkswirtschaft in der Europäischen Union sollten wir sagen: Wir toppen das, wir geben unabhängig von der Gesamtsumme, die zustande kommt, mindestens 10 Milliarden Euro.

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Frau Kollegin – –

(A) **Renate Künast** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Mein letzter Satz: Wir werden Sie an dem C im Namen Ihrer Partei messen. Wir werden nicht zulassen, dass uns Herr Niebel in einer Vernebelungstaktik vorrechnen will, dass wir die ODA-Quote von 0,7 Prozent des BIP durch Klimaschutzmaßnahmen erfüllt hätten.

Wir sind die Verursacher des Klimawandels. In Kopenhagen geht es um das Gemeinsame. Sperren Sie die armen Länder nicht aus! Gehen Sie endlich in Vorleistung und fangen Sie mit der **ökologischen Modernisierung** in Deutschland an.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Dr. Norbert Lammert** (CDU/CSU):

Michael Link ist der nächste Redner für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

**Michael Link** (Heilbronn) (FDP):

Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Durch die Tatsache, dass es in der heutigen Debatte um zwei Themen geht, nämlich um den Europäischen Rat und um den Klimagipfel, wird nicht nur die kalendarische Zufälligkeit gezeigt, dass beide Termine übereinstimmen, sondern werden wir auch darauf hingewiesen, dass wir über beide Themen in der Regel erst dann reden, wenn es nicht klappt.

(B) Beim Klimaschutz ist das offensichtlich, aber auch mit der EU, mit Europa, beschäftigen wir uns immer dann wesentlich mehr, wenn wir Probleme haben, wenn wir in der EU einen Dissens haben und wenn es uns erst nach sehr langen Debatten gelungen ist, tatsächlich Verträge in Kraft zu setzen, wie das mit dem Vertrag von Lissabon der Fall ist. Die FDP begrüßt das **Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon**, wodurch die EU demokratischer und funktionsfähiger wird.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten  
der CDU/CSU)

Herr Kollege Gysi, ich bin wirklich überrascht, dass Sie hier und heute kein einziges Wort zu Europa und nur etwas zum Klima gesagt haben. Das ist zwar ein wichtiges Thema, aber Sie haben kein einziges Wort zu Europa und zu diesem Vertrag gesagt, der in Kraft getreten ist.

(Ulrich Kelber [SPD]: Warten Sie doch einmal  
ab!)

Kollegin Künast, Sie sind Vertreterin – das kann ich nun wirklich sagen – einer überzeugten europäischen Partei, aber auch von Ihnen hätten wir uns gewünscht, dass Sie ein Wort dazu sagen, wie wir nach den Vorstellungen der grünen Fraktion mit diesen Regeln in Zukunft im Hohen Hause gemeinsam umgehen;

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten  
der CDU/CSU)

denn in der Tat: An der Art und Weise, wie wir hier im Bundestag miteinander umgehen und intern Fragen der

europäischen **Subsidiarität** und Verhältnismäßigkeit (C) diskutieren, muss sich vieles ändern.

Manche werden sich erinnern: Der Bundestagspräsident hat in der Rede nach seinem Amtsantritt genau auf diese Frage Bezug genommen, nämlich darauf, wie wir damit umgehen, dass wir durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 30. Juni 2009, durch den Vertrag selber und natürlich vor allem durch das Grundgesetz in die Pflicht genommen werden, an der Gestaltung der europäischen Politik mitzuwirken. Daran müssen wir arbeiten. Ich glaube, es ist das große Ziel der Kolleginnen und Kollegen im Europaausschuss, im Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung, in den Fachausschüssen und überall sonst, dass wir unsere Verfahren im nächsten Jahr so anpassen, dass wir das auch schaffen.

Dass wir dabei an die Wichtigkeit der Subsidiarität erinnern, heißt nicht, dass wir ein Europa der Abgrenzungen wollen. Wir wollen kein Europa der Abgrenzungen, der Opt-outs und der Schutzklauseln.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten  
der CDU/CSU)

Das ist auch unsere klare Linie bei den anstehenden **Beitrittsverhandlungen** mit Mazedonien und Island. Eine Mitgliedschaft à la carte und eine Mitgliedschaft mit Rabatt kann es nicht geben. Wir wollen aber sehr wohl eine klare Kompetenzabgrenzung. Ich glaube, hier müssen wir, wie gesagt, intern noch gemeinsam an unseren Verfahren arbeiten.

(D) Der Vertrag von Lissabon ist nicht der große Wurf, wie es frühere große Verträge waren. An Maastricht und Amsterdam sei erinnert. Diese enthielten jeweils große, deutliche, weitere Visionen und Fortentwicklungen. Beim Vertrag von Maastricht war es der Binnenmarkt, beim Vertrag von Amsterdam war es die Wirtschafts- und Währungsunion – die Vollendung – und natürlich vor allem auch die Weiterentwicklung und Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments.

Immerhin: Für Letzteres, für die **Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments**, bringt der Lissabon-Vertrag einiges. Vielleicht ist jetzt aber auch wirklich nicht die Zeit für große Visionen; denn davon haben die Bürgerinnen und Bürger in der Tat genug. Sie erwarten, dass wir handeln. Dazu steht die FDP-Bundestagsfraktion nach den neuen Regeln des Lissabon-Vertrages bereit. Wir freuen uns, dass die Bundesregierung ganz offensiv darangeht. Wir werden sie auch weiterhin daran erinnern.

Vielleicht noch eine Bitte: Es wäre schön, wenn wir zu einer alten Tradition zurückkommen würden – Herr Präsident, ich komme zum Schluss –, nämlich zu der, dass wir vor oder nach jedem Europäischen Rat eine Regierungserklärung hören. Dann haben wir nämlich auch nicht das gleiche Problem wie heute, da verständlicherweise viele Themen geballt behandelt werden. Ich denke, Europa verdient es, dass wir bei jedem Europäischen Rat eine Regierungserklärung zu dem entsprechenden Thema hören.

Michael Link (Heilbronn)

(A) Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Nächster Redner ist der Kollege Axel Schäfer für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

**Axel Schäfer** (Bochum) (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Bundeskanzlerin hat gesagt, dass mit dem Lissabon-Vertrag eine neue, verbesserte Grundlage für die EU geschaffen worden ist. Sehr richtig! Es muss aber auch deutlich gesagt werden: Jetzt wird es auf uns hier im Deutschen Bundestag ankommen, dass wir diesen Vertrag mit Leben erfüllen und dass wir ihn in jedem einzelnen Bereich der europäischen Politik, in dem wir uns als Deutsche positionieren, im Geiste der EU und buchstabengetreu – auf Punkt und Komma genau – umsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Bundeskanzlerin hat mit einem interessanten Versprecher begonnen. Sie hat gesagt: Die Bundesregierung hat dazu die Rechte des Deutschen Bundestages gesetzlich verankert. – Bei allem Respekt: Die **Verbesserung der Rechte des Deutschen Bundestages** durch das entsprechende Begleitgesetz, das Integrationsverantwortungsgesetz, haben wir erkämpft. Wir haben das – auch das muss man als Erfolg bezeichnen – in einem großen Einvernehmen in diesem Hause nicht mit allen, aber doch mit den meisten hinbekommen. Das ist ein Erfolg für dieses Haus.

(B)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN – Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Mit Karlsruhe!)

Der **Lissabon-Vertrag** ist seit dem 1. Dezember in Kraft. Richten wir den Blick darauf, wie die bisherige Umsetzung läuft.

Da muss man mit dem neuen Präsidenten, der Außenministerin, der Hohen Beauftragten, und dem deutschen EU-Kommissar beginnen. Das, was wir dort präsentiert bekommen haben, ist nicht die beste, sondern höchstens die erstbeste Lösung. Bei den Kandidatinnen und Kandidaten haben der Rat und auch Deutschland keinen Mut, sondern nur Kleinmut gezeigt. Man hat nicht einmal auf die guten Kräfte zurückgegriffen, die es in der christdemokratischen Parteifamilie gibt. Das war kein guter Start für die neue Kommission und die neue Spitze in der EU.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben gestern in einem Gespräch den designierten EU-Kommissar Oettinger befragen können. Das war wichtig. Ich hoffe in diesem Zusammenhang, dass wir nicht nur davon reden, in der Europäischen Union voneinander zu lernen und bestimmte Punkte weiterzuentwickeln. Es wäre besser, dass wir es nicht erst aus der Presse erfahren, wenn nach dem Rücktritt eines Ministers eine neue Ministerin präsentiert wird, sondern wenn

eine Kandidatin vor ihrer Ernennung im Fachausschuss Rede und Antwort steht. Das ist ein gutes Verfahren im Europäischen Parlament, von dem wir als Deutscher Bundestag lernen sollten. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Der zweite Punkt ist SWIFT. Da müssen wir schon am 30. November ansetzen. Es war ein Affront gegenüber dem Europäischen Parlament, dass am 30. November über das **Abkommen zur Weitergabe von Finanzdaten** entschieden wurde, wohlwissend, dass das Europäische Parlament mit dem Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages mehr Rechte bekommen würde. Man hat also dem Parlament die Rechte, die es ab dem 1. Dezember hätte nutzen können, nicht gewährt, indem man am 30. November über das Abkommen entschieden hat. Das war unfair.

Und es war für die Bundesregierung schlecht, dass die deutsche Position nicht deutlich wurde. Denn was die deutsche Position anging, stand die FDP auf der einen Seite und die CDU/CSU auf der anderen Seite. Das Ergebnis war Enthaltung. Enthaltung ist das Gegenteil von politischer Gestaltung, wie sich hier gezeigt hat.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Volker Kauder [CDU/CSU]: Jetzt wissen wir, warum ihr euch ständig enthaltet!)

Der dritte Punkt sind künftige Vertragsänderungen und Regierungskonferenzen. Eine Frage betrifft den möglichen Beitritt Islands. Eine andere Frage ist die Sitzzahl des Europäischen Parlaments. Das wird die Nagelprobe in diesem Hause. Es wird die Nagelprobe dafür, dass die Bundesregierung in diesem Punkt offensiv von sich aus alles unternehmen muss, um Einvernehmen mit dem Hohen Hause herzustellen, statt irgendeinen Weg zu finden, um die Regelung dieser Fragen herumzukommen. Das wird noch ein Kampf. (D)

Wir werden sehr genau darauf achten, wie dieses Verfahren läuft, weil es ein Präjudiz für alles andere ist, was wir in den nächsten Jahren machen, und weil es um die Umsetzung sowohl unserer Regelungen als auch dessen geht, was uns das Bundesverfassungsgericht aufgegeben hat.

(Beifall bei der SPD)

Was Island angeht, bin ich sehr gespannt, wenn man bedenkt, was im Wahlkampf von der CDU/CSU zu diesem Thema gekommen ist. Die CDU/CSU vertritt die Meinung, wenn Kroatien beitrifft, ist erst einmal Schluss. Für den Beitritt der Türkei gibt es sowieso keine Zustimmung, und Serbien will sie auch nicht. Selbst der Beitritt Islands wird infrage gestellt. Wir sind deshalb gespannt, wie die Linie der Bundesregierung aussieht.

In einem anderen Punkt sind wir noch mehr gespannt. Dazu erwarten wir eine klare Aussage bis Januar. Das Europäische Parlament soll nach einer Vereinbarung der Staats- und Regierungschefs – also einer ganz großen Konstellation – in dieser Legislaturperiode ausnahmsweise von 736 auf 754 Mitglieder aufgestockt werden. Das bedeutet, dass ein Parlament, das vertragsgemäß im Juni gewählt worden ist, im Dezember eine Änderung

Axel Schäfer (Bochum)

- (A) seiner Zusammensetzung erfahren soll. Für die SPD stelle ich dazu fest: Wir halten das staatsrechtlich, europarechtlich und auch grundsätzlich nach unserem Wahlverständnis für höchst problematisch, vielleicht sogar verfassungswidrig. Das wird man noch prüfen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –  
Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin: Ihr habt  
doch zugestimmt!)

Wir halten es aber in besonderer Weise für inakzeptabel, Frau Bundeskanzlerin, dass in dem jetzt vorliegenden Entwurf vorgesehen ist, dass die 18 Kolleginnen und Kollegen entweder durch einen Wahlakt oder durch die Delegation von Abgeordneten der nationalen Parlamente ins Amt kommen können. Das ist ein Verstoß gegen unsere europäische Verfasstheit. Das ist ein Verstoß gegen Art. 14 Abs. 3 des EU-Vertrags, der klar festlegt: Die Mitglieder des Europäischen Parlaments werden in allgemeiner, freier, gleicher, direkter und geheimer Wahl gewählt und nicht von nationalen Parlamenten delegiert. Das werden wir hier nicht zulassen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
der CDU/CSU)

Ich appelliere an die Kolleginnen und Kollegen von FDP, CDU/CSU, Grünen und Linkspartei, dass dies das gemeinsame Anliegen des Deutschen Bundestages sein muss. Generationen von Vorvätern und -müttern haben in diesem Hause von 1951 bis 1976 für die **Direktwahl des Europäischen Parlaments** gekämpft. Wir dürfen jetzt nicht aufgrund dieser makaberen Konstellation fundamentale Verfassungsprinzipien aufgeben. Deutschland darf nicht zulassen, dass es Regelungen in Europa gibt, die es ermöglichen, dass Abgeordnete nicht direkt von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt werden. Dafür werden wir einstehen, und daran werden wir Sie messen.

(B)

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Thomas Bareiß ist der nächste Redner für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Thomas Bareiß (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich diese Debatte verfolge, ist mir wichtig, zu Beginn meiner Rede auf Folgendes hinzuweisen: Obwohl Sie, Frau Künast und Herr Kelber, zwanghaft versuchen, hier konträre Positionen aufzubauen, gibt es in der Bevölkerung eine klare Zielsetzung für **mehr Klimaschutz**. Diese klare Zielsetzung für weniger Emissionen und Ressourcenschonung ist vor allen Dingen ein Verdienst unserer Bundeskanzlerin Angela Merkel. Dafür sollten wir heute Morgen noch einmal Danke sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten  
der FDP)

Die klare Positionierung in der Bevölkerung, aber auch in Brüssel und im Europäischen Rat ist von entscheidender Bedeutung. Als wir hier vor zwei Wochen über die Anträge zu Kopenhagen diskutiert haben, wuss-

ten wir noch nicht, was in den letzten zwei Verhandlungstagen geschehen wird bzw. wer sich am Verhandlungstisch gegenüber sitzen wird. Heute wissen wir, dass über 130 Staats- und Regierungschefs einschließlich des US-Präsidenten, des chinesischen Regierungschefs und des indischen Ministerpräsidenten dabei sein werden. Das ist für mich mehr als ein Hoffnungsschimmer. Ich glaube, dass wir in Kopenhagen die einmalige Chance haben, Großartiges zu erreichen. Wir sollten diese Chance nutzen.

(C)

Die Messlatte liegt enorm hoch. Umweltminister Röttgen hat – genauso wie unsere Bundeskanzlerin heute Morgen – klar und deutlich unterstrichen, dass man nur dann von einem Erfolg sprechen kann, wenn sich alle 192 Teilnehmer – ich unterstreiche: alle 192 Teilnehmer – auf eine **Begrenzung der Erderwärmung** um höchstens zwei Grad verständigen. Wir brauchen damit nachvollziehbare und sanktionierbare **Reduktionsziele** für alle. Wir brauchen eine faire Lastenverteilung. Wir brauchen auch vergleichbare Wettbewerbsbedingungen in der Welt. Ein Ziel kann noch so ambitioniert sein: Wenn die Hauptemittenten China, Indien und die USA nicht mitziehen, sind alle Ziele, die wir uns stecken, wenig wert. An diesem Anspruch müssen wir uns auch in Kopenhagen messen lassen.

Lassen Sie mich das verdeutlichen. Der **CO<sub>2</sub>-Ausstoß** in Deutschland konnte im Jahr 2008 im Vergleich zum Vorjahr um rund 10 Millionen Tonnen reduziert werden. Dazu war eine große Kraftanstrengung notwendig, die uns sehr viel gekostet hat. Gleichzeitig wird aber in China jede Woche ein neues Kohlekraftwerk gebaut. Allein das Volumen der zusätzlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen durch diese Kohlekraftwerke in den nächsten zwei Jahren entspricht dem kompletten CO<sub>2</sub>-Ausstoß des Exportweltmeisters Deutschland in einem Jahr. Das verdeutlicht, dass China, die USA und Indien mit im Boot sein müssen. Sonst bringen alle Zielsetzungen nichts. Ich sage es ganz deutlich: Eine Vorreiterrolle Deutschlands ist wichtig, ist vielleicht sogar notwendig, um unsere Glaubwürdigkeit als Industrienation unter Beweis zu stellen, aber ein Alleingang Deutschlands oder der Europäischen Union ist schädlich, nicht nur für die Wirtschaft und für unsere Arbeitsplätze, sondern auch für das globale Klimaschutzziel. Ich sage nur: Eine Abwanderung von energieintensiven Industrien in Schwellenländer wäre nicht in unserem Interesse. Unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel hat daher völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass sich kein Land aus der Pflicht stehlen kann.

(D)

Klimapolitik ist gerade für Deutschland, das immerhin 26 Prozent der Wertschöpfung in der Industrie erzielt, in besonderem Maße Wirtschafts- und Industriepolitik. Klima- und Umweltschutz sind aber auch in besonderem Maße **Energiepolitik**. 40,7 Prozent der durch Menschenhand verursachten Treibhausgasemissionen in Deutschland stammen aus der Energieerzeugung. Deshalb werden wir in den nächsten Monaten gar nicht darum herumkommen, ohne ideologische Scheuklappen einen klimafreundlichen und ressourcenschonenden Energiemix der Zukunft zu bilden. Dabei werden die **erneuerbaren Energien** eine ganz große Rolle spie-

Thomas Bareiß

- (A) len. Wir haben schon heute einen Anteil der Windkraft von 6 Prozent. Das ist ein großer Erfolg der letzten Jahre.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie waren immer dagegen!)

Es müssen aber auch effiziente Kohlekraftwerke eine Rolle spielen. Ebenso muss die CCS-Technologie eine Rolle spielen, und eine Verlängerung der Laufzeiten von Kernkraftwerken spielt gerade im Klimaschutz eine herausragende Rolle für uns.

(Ulrich Kelber [SPD]: Ich dachte, es sei nur eine Brückentechnologie! Jetzt ist es schon eine Zukunftstechnologie! Da müssen Sie sich entscheiden! Entweder – oder!)

Auch wenn wir alles dafür tun wollen – über das Ziel sind wir uns einig –, einen erheblichen Anteil der Energieerzeugung in den nächsten 40 Jahren auf erneuerbare Energien umzustellen, und wenn wir es schaffen, die Energieeffizienz um jährlich 3 Prozent zu steigern, was wir anstreben und was ein hohes Ziel ist,

(Ulrich Kelber [SPD]: Das wollen Sie doch gar nicht! Eins zu eins haben Sie gesagt!)

müssen wir auch in den kommenden 30 Jahren – auch darin sind wir uns einig – die Grundlast unserer Energieerzeugung bezahlbar und verlässlich sicherstellen.

(Ulrich Kelber [SPD]: Wie lange sollen die Kernkraftwerke denn laufen?)

- (B) Ein Instrument für Klimaschutz ist für mich der Markt für **Emissionszertifikate**. Um nicht nur national, sondern auch international die Emissionen fair zu bepreisen, brauchen wir ein globales Handelssystem mit Emissionszertifikaten. Ich weiß, das ist nicht einfach. Aber auch das ist ein hohes Ziel, und wir müssen das Ziel angehen.

Es gab im Vorfeld viele kritische Stimmen zum Kopenhagener Klimakongress. Ich habe die Meinung dieser kritischen Stimmen nie geteilt. Ich glaube, wir stehen vor einer einmaligen Chance, auf globaler Ebene ambitionierte und verbindliche Ziele und Abmachungen zu setzen. Ich denke, wir sollten diese Chance nutzen. Ich wünsche unserer Bundeskanzlerin dafür viel Erfolg.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Das Wort hat die Kollegin Dr. Bärbel Kofler für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

**Dr. Bärbel Kofler (SPD):**

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Innerhalb von 14 Tagen treffen wir uns jetzt zum zweiten Mal, um über den Klimagipfel in Kopenhagen, über Maßnahmen und vor allem über die Reduzierung von CO<sub>2</sub> miteinander zu diskutieren. Wir haben bereits

vor 14 Tagen ehrgeizige Ziele gehört, Vorstellungen gehört, die Deutschland einbringen möchte, und wir haben schon vor zwei Wochen gehört, dass es um **Finanzierungsfragen** geht. Wenn ich mir das heute wieder anhöre, dann muss ich sagen: Von der Vorreiterrolle Deutschlands in dieser Diskussion ist in den letzten zwei Wochen leider wenig bis gar nichts zu sehen gewesen.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn man ehrgeizige Ziele für sich und für andere formuliert, dann muss man sie auch mit Haushaltsmitteln hinterlegen. Wir als SPD-Fraktion haben vor zwei Wochen aus gutem Grund einen Antrag eingebracht, weil wir genau dieses tun wollten. Wir haben es getan und uns um die Finanzierungsfragen des internationalen Klimaschutzes und der Entwicklungszusammenarbeit gekümmert. Als Reaktion auf diesen Antrag wurde vonseiten der Union und der FDP – leider ist der Entwicklungsminister nicht mehr anwesend – eine Verschärfung ihres ursprünglichen Antrages eingebracht, nämlich die zur Erreichung des 0,7-Prozent-Ziels notwendigen Mittel vollständig auf die Mittel zur Bekämpfung und Reduzierung von Armut anzurechnen.

Wir haben heute gehört, wie viele Milliarden – dreistellige Milliardenbeträge! – nötig sind, um den Klimawandel wirksam bekämpfen zu können. Ich frage Sie: Wie kann man das tun, ohne gleichzeitig den **Kampf gegen Armut** aufzugeben, wie es vonseiten dieser Bundesregierung getan wurde?

(Beifall bei der SPD)

(D)

Was hier passiert, ist eben nicht, wie der Kollege Ruck gesagt hat, das Leisten der notwendigen Hilfe, sondern das Ausspielen von Armut gegen Klimawandel, nichts anderes.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Was wir dringend brauchen, ist eine solide Finanzierung sowohl des Kampfes gegen Armut als auch der Reduzierung von CO<sub>2</sub> und der Anpassungsmechanismen bei uns, aber auch weltweit. Die Kritik, dass es eine solche Finanzierung nicht gibt, wird nicht nur von uns, sondern auch von unzähligen Nichtregierungsorganisationen geäußert. Kollege Kelber hat bereits den Preis angesprochen, den Minister Niebel vor einer Woche bedauernswerterweise erhalten hat: „fossil of the day“. Ich darf den Generalsekretär der Welthungerhilfe zitieren – er sieht es so ähnlich, wie wir es in unserem Antrag formuliert haben –:

Klimaschutz in armen Ländern ist keine Entwicklungshilfe in herkömmlichem Sinn, sondern vor allem die Rückzahlung von Klimaschulden, die die Industrieländer gemacht haben.

Sehr richtig!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Ulrich Kelber [SPD]: Niebel hat leider nicht zugehört!)

– Genau wie im Ausschuss.

Dr. Bärbel Kofler

- (A) (Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD – Dr. Guido Westerwelle, Bundesminister: Den mögt ihr nicht, nicht wahr?)

Ich hätte am heutigen Tag an dieser Stelle sehr gerne einige deutliche Worte zur grundsätzlichen Frage der Finanzierung gehört. Wir haben gehört, was wir über die EU zur Verfügung stellen werden. Schön, es ist ein Anfang. Was wir nicht gehört haben, ist, wie die mittel- und langfristigen Ziele aussehen sollen, und vor allem, was konkret in den nächsten Haushalt eingestellt werden soll. Angesichts dessen, was ich gestern in der Presse darüber erfahren habe, welche Haushaltsmittel, zum Beispiel für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, in den Haushalt eingestellt werden sollen, muss ich sagen: Da hat das Verrechnen offensichtlich schon begonnen. Wir haben es mit einem Haushaltsentwurf zu tun, der nicht nur mutlos ist, sondern von einem großen Desinteresse des Ministers an diesem Ressort zeugt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es ist uns über Jahre regelmäßig gelungen, den **Etat für Entwicklungszusammenarbeit** in einer Höhe von 500 Millionen bis 700 Millionen Euro zu steigern. Das war im Kampf gegen Armut, aber natürlich auch für eine bessere Gestaltung des Klimawandels richtig und nötig. Der gestern vorgelegte Haushaltsentwurf mit ganzen 44 Millionen Euro mehr als im vorherigen Haushalt zeigt doch eines: dass weder Mittel für Armutsbekämpfung noch für Klimamaßnahmen zur Verfügung gestellt werden können. Wo sind diese Mittel? Frau Homburger hat von 1 Milliarde Euro gesprochen. Diese Mittel sind weder im Haushalt für Entwicklungszusammenarbeit noch im Umwelthaushalt. Diese Mittel müssen irgendwann einmal veranschlagt werden. Ich wünsche mir, dass Ihnen das noch bis zu den Haushaltsberatungen im Januar gelingt. Die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt.

- (B)

Ich hätte mir sehr gewünscht, dass hier etwas zu diesen Finanzierungsfragen gesagt wird, vielleicht noch deutlicher, als die Frau Bundeskanzlerin zur Frage der Finanztransaktionsteuer gesprochen hat. Selbstverständlich wären hier eine ganze Menge Mittel für die Entwicklung, aber auch für den Klimawandel bereitzustellen. Das Ganze hätte den Charme, dass man die Verursacher weltweiter Krisen – sie haben die Entwicklungsländer mit in die Krise gerissen; die Entwicklungsländer tragen für diese Krisen in der Regel genauso wenig Verantwortung wie für die Folgen des Klimawandels; auch da sind sie nicht die Hauptverursacher – heranzieht und zusätzliches Geld – im Fachjargon heißt es „fresh money“ – für vernünftige Politik, für Entwicklungszusammenarbeit und für Klimaschutz zur Verfügung stellen kann.

(Beifall bei der SPD)

Das hätte ich mir vor der Reise nach Kopenhagen gewünscht. In den letzten 14 Tagen ist Vertrauen zerstört worden; Vertrauen, das wir als Deutsche als Partner der Entwicklungsländer einmal genossen haben. Diese Koalition hat sich von den **ODA-Zielen** verabschiedet. Damit ist das Vorhaben, 0,51 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungshilfe bis zum Jahr 2010 auszugeben, obsolet. Das 0,7-Prozent-Ziel steht zwar

noch im Koalitionsvertrag, aber wohlweislich ohne die Angabe, wann dies erreicht werden soll. Wer solche Signale aussendet und dann auf der Klimakonferenz in Kopenhagen von anderen Ländern konkrete und belastbare Zusagen fordert, der macht sich unglaubwürdig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie wären an dieser Stelle gut beraten, korrigierend einzugreifen und sich deutlich zu diesen Zielen zu bekennen, und zwar mit belastbaren Zahlen, die andere nachvollziehen können. Nur so kann man einen wirklichen Beitrag im Sinne einer vernünftigen Finanzierung von Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und zur Bekämpfung von Hunger und Armut leisten. Mittel für den Klimaschutz und Mittel zur Bekämpfung von Armut dürfen nicht gegeneinander ausgespielt und auch nicht miteinander verrechnet werden. Für den Klimaschutz bedarf es zusätzlicher Mittel.

Danke.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Das Wort hat der Kollege Detlef Seif für die Unionsfraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Detlef Seif (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In Köln gilt das Kölner Grundgesetz: Et es, wie et es. Et kütt, wie et kütt. Et es noch immer jot jejang.

(Ulrich Kelber [SPD]: Hätt noch immer jot jejang!) (D)

Auch der Herr Westerwelle kennt das. – Meine Damen und Herren, man hat den Eindruck, dass so mancher auf der Klimakonferenz diesen Grundoptimismus anwendet und an die Sache nicht mit dem nötigen Nachdruck herangeht.

Noch immer behaupten einige Wissenschaftler, dass die von den Menschen verursachten CO<sub>2</sub>-Emissionen nichts mit dem Klimawandel zu tun haben, und bestreiten, dass eine Klimakatastrophe bevorsteht. Mit diesem Problem müssen wir uns beschäftigen. Wir müssen vorne in der Kette der Ursächlichkeiten beginnen, die im Moment bei den Verhandlungen zu einem Stau führen. Viele Menschen, die wirtschaftliche Interessen verfolgen, haben ein Interesse daran, dass die Konferenz von Kopenhagen scheitert. Das muss man zunächst einmal erkennen.

Für uns als verantwortlich handelnde Politiker können die Zweifel einiger Wissenschaftler, die diese teilweise durch wissenschaftliche Erkenntnisse untermauern können, nicht ausreichen, um zu sagen: Dann lehnen wir uns zurück, die Mehrheit der Wissenschaftler hat wohl unrecht. – Es besteht dringender Handlungsbedarf. Ich bin froh, dass insoweit hier in diesem Haus ein großer Konsens besteht.

Die Europäische Union und insbesondere Deutschland haben beim Klimaschutz eine **Führungsrolle** über-

Detlef Seif

- (A) nommen. Der Ansatz der Europäischen Union, den Ausstoß von Emissionen um 30 Prozent zu reduzieren, wenn sich andere Industrieländer ebenfalls dazu verpflichten und sich auch die Entwicklungsländer daran beteiligen, hat Vorbildfunktion. Man kann jetzt natürlich sagen: Das reicht nicht, wir müssen noch etwas nachlegen. Aber die Kanzlerin hat recht, wenn sie sagt: Selbst wenn die Europäische Union die Emissionen auf null senkt, reicht das noch lange nicht aus. Wir müssen doch gemeinsam versuchen, das angestrebte Ziel zu erreichen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Herr Gysi, Sie haben gesagt, als Ziel müsse man anstreben, den Ausstoß von Emissionen bis 2020 um 40 Prozent zu senken. Sicherlich haben Sie recht: Grundsätzlich sollte das die EU anstreben. Man muss kein Prophet sein, um zu sagen, dass die Kanzlerin das ebenfalls gerne machen würde. Aber Sie müssen doch auch sehen, dass die Kanzlerin wesentlich daran mitgewirkt hat, dass wir in der Europäischen Union so weit sind, wie wir sind. Das sollte man doch einmal anerkennen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Aber nicht weit genug!)

Auch zur Forderung, die Mittel zur Soforthilfe für die Entwicklungsländer von 7,2 Milliarden Euro auf welchen Betrag auch immer zu erhöhen, kann ich nur sagen: Meine Damen und Herren, wir sind hier nicht auf einem Basar. Wir müssen mit den Mitteln, die wir im Haushalt haben, vernünftig umgehen, und wir dürfen kein Geld verschleudern.

(B)

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Zunächst einmal müssen Projekte entwickelt werden. Es muss klar sein, für welche Ziele das Geld eingesetzt wird.

(Ulla Schmidt [Aachen] [SPD]: Hotels!)

Wenn das feststeht, dann kann man darüber reden, die Mittel zu erhöhen. Dagegen hat niemand etwas.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Zurufe von der SPD)

Von einem erfolgreichen **Klimaschutzabkommen** kann man letztlich nur sprechen, wenn folgende **Voraussetzungen** erfüllt sind:

Erstens. Jedes Land muss absolute **Emissionsreduktionsgrenzen** mitteilen. Die Entwicklungsländer müssen mitteilen, um welchen Prozentsatz sie ihre Emissionen reduzieren wollen. Was nutzen uns denn Effizienzangaben? Wir wollen doch Ziele erreichen. Wir haben uns bis 2020 bzw. 2050 Ziele gesetzt. Die bloße Aussage, die Energie effizienter einsetzen zu wollen, reicht nicht; denn dann haben wir überhaupt keinen Maßstab. Hier muss China in jedem Fall deutlich nachbessern.

Zweitens. Die beteiligten Staaten müssen den **Klimaschutz engagierter angehen**. Ich bin der Meinung, dass die USA im Moment leider nicht das machen, was im

Rahmen ihrer Möglichkeiten wäre. Eine Reduktion um 4 Prozent im Vergleich zu 1990 ist nicht ambitioniert. Angesichts einer Pro-Kopf-Emission von über 19 Tonnen kann mir niemand sagen, dass man, wenn man da ambitioniert herangeht, die Reduktionsmenge nicht noch vergrößern könnte. (C)

Wenn die Staatengemeinschaft jetzt oder zumindest in sich unmittelbar anschließenden Folgeverhandlungen nicht die Kurve kriegt, dann wird die Natur zurückschlagen. Die Natur lässt nicht mit sich verhandeln. Ich kann da den Amerikanern nur folgenden Gruß zurufen: Der American Way of Life kann sehr schnell zu einem American Way of Death werden. Das muss erkannt werden. Wir müssen jetzt handeln und dürfen Lösungen für diese Problematik nicht auf die lange Bank schieben.

Drittens. Anerkannte und transparente **Messverfahren** sind einzusetzen. Es nutzt doch nichts, wenn wir Lippenbekenntnisse verkünden. Man muss auch prüfen können, was erreicht werden soll. Hierzu liegen bis dato keine vernünftigen Angebote der Entwicklungsländer vor.

(Ulrich Kelber [SPD]: Stimmt überhaupt nicht!)

Meine Damen und Herren, trotz allem Missmut, den ich auch bei anderen Themen als Neuling in diesem Hause in den letzten Wochen mitbekommen und kennengelernt habe, sollte man immer berücksichtigen, welche internationale Wirkung Äußerungen in diesem Hause haben, dass wir alle an einem Strang ziehen

(Zuruf der Abg. Ulla Schmidt [Aachen] [SPD]) (D)

und dass die Politik im Ergebnis in die richtige Richtung geht.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Ulrich Kelber [SPD]: Sie werden sich für falsche Maßnahmen schon noch Kritik gefallen lassen müssen!)

Jetzt rede ich auch gerne zu dem, was Frau Künast gesagt hat: Frau Künast, ich bin mir sicher, dass Deutschland mit der Bundeskanzlerin und dem Umweltminister Norbert Röttgen bestens aufgestellt ist.

(Ulrich Kelber [SPD]: Jetzt haben Sie aber einen vergessen!)

Wenn ich eines in den letzten Wochen festgestellt habe, dann ist das Folgendes: Sie werden immer dann laut, Sie werden immer dann unsachlich, wenn unser Personal gut ist und wenn unsere Sachpolitik prima ist.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Lachen bei der SPD – Ute Koczy [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt übertreiben Sie aber! – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich habe eine Frage: Warum bin ich dann so selten laut?)

Ich jedenfalls kann der Bundeskanzlerin – damit komme ich auch zum Schluss; ich will ja meine Redezeit nicht überziehen – und ihrem Delegationsteam alles

Detlef Seif

- (A) Gute Wünsche. Ich weiß, wir haben mit ihr, dem Umweltminister und dem Delegationsteam genau die Richtigen nach Kopenhagen entsandt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Kollege Seif, das war Ihre erste Rede im Hohen Hause. Wir gratulieren Ihnen dazu recht herzlich und wünschen Ihnen viel Erfolg bei der Arbeit.

(Beifall)

Das Wort hat Kollege Andreas Jung für die Unionsfraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Andreas Jung (Konstanz) (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist gut, dass die Bundeskanzlerin heute früh, bevor sie selbst nach Kopenhagen aufbricht, hier im Bundestag noch einmal eindeutig die deutsche Position in der internationalen Klimapolitik dargestellt hat. Es ist deutlich geworden: Es handelt sich um eine ambitionierte Position, wir nehmen eine Vorreiterrolle ein. Es ist auch deutlich geworden: Wir wollen den Erfolg. Sie hat auch klar gemacht: Erfolg heißt, dass es kein Zurückfallen hinter die Marke des 2-Grad-Ziels geben darf. Ich glaube, das ist als Grundlage für diese Verhandlungen ganz entscheidend.

- (B) (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Ich finde, es ist auch richtig, dass die Bundeskanzlerin wie viele andere Staats- und Regierungschefs selbst nach Kopenhagen gereist ist, um sich dieses Themas anzunehmen. Sie zeigt damit wie ihre Kollegen: Das Thema ist **Chefsache**. Bisher – wir haben es in den letzten Tagen erleben können – verhandelt die deutsche Delegation unter der Führung des Bundesumweltministers mit einer drängenden Rolle, mit einer Vorreiterrolle, mit einer konstruktiven Rolle. Das wird in Kopenhagen in der Breite auch anerkannt.

Die Konferenz – das haben wir heute Morgen den Tickermeldungen in aller Deutlichkeit entnehmen können – befindet sich jetzt aber in einer Phase, in der die Verhandlungen stocken und es teilweise Blockaden gibt. Deshalb ist es richtig, dass die Staats- und Regierungschefs den Klimaschutz als internationales Topthema zur Chefsache machen, indem sie selber an den Verhandlungen mitwirken.

(Beifall bei der CDU/CSU)

In der Tat ist dieser Einsatz notwendig. Er zeigt, Frau Künast, dass nicht aufgegeben wird, dass die Flinte nicht ins Korn geworfen wird. Die Kanzlerin wird auch in Kopenhagen deutlich machen, dass Deutschland die Vorreiterrolle einnimmt, die Sie einfordern. Sie haben einen Wettbewerb gefordert, in dem wir vorangehen sollen. Diesem Wettbewerb stellt sich die Bundesregierung. Sie wartet nicht ab, welche Reduktionsziele andere auf den

Tisch legen. Sie macht ihre Position, wie es Rot-Grün und die Große Koalition noch gemacht haben, also nicht von dem abhängig, was andere in ein internationales Klimaschutzabkommen einzubringen bereit sind. Vielmehr sind wir bereit, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis 2020 um 40 Prozent zu reduzieren, und zwar ohne Wenn und Aber.

(Ulrich Kelber [SPD]: Ihre Fraktion hat das in der Großen Koalition abgelehnt! Das gehört zur Ehrlichkeit dazu!)

Das zeigt, dass Deutschland seine Vorreiterrolle erfüllt.

Frau Künast, ich wäre fast vom Stuhl gefallen, als ausgerechnet Sie ausgerechnet uns vorgeworfen haben, wir würden beim Thema **Gebäudesanierung** zu wenig tun. Ich will daran erinnern, was die Große Koalition, nachdem sie die rot-grüne Regierung abgelöst hat, getan hat: Sie hat die Mittel für die Gebäudesanierung um mehr als das Dreifache aufgestockt. Das wird jetzt fortgeführt. Wir machen also bei weitem mehr als Sie damals. Damit zeigen wir: Wir setzen uns Ziele und schreiben auch bei der Umsetzung offensiv voran.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es ist wahr, dass jetzt die **Industriestaaten** in der Pflicht sind. Deshalb drängen wir darauf – auch die Bundeskanzlerin hat das heute früh getan –, dass auch die **USA** ihr Angebot aufbessern und einen größeren Beitrag leisten. Wenn in Kopenhagen überall plakatiert ist: „Welcome to Hopenhagen“, dann sind damit sicherlich in allererster Linie die Amerikaner und Präsident Obama gemeint; denn die gemeinsame Hoffnung ist darauf gerichtet, dass die USA die Blockade der Bush-Regierung in der Klimapolitik aufgeben und offensiv vorangehen.

Frau Künast, Sie können sicher sein: Wenn Obama die Blockade aufgibt und die USA offensiv vorangehen, dann werden die Tränen, die fließen, Freudentränen sein; denn es wird Freude darüber herrschen, dass wir in einen konstruktiven Wettbewerb mit den USA und anderen um die Führungsrolle unter den Industriestaaten eintreten können.

Ich will zum Thema **China** kommen, das bereits angesprochen worden ist. China versucht auf diesem Gipfel, sich zum Sprachrohr der Armen dieser Welt zu machen. Ich glaube, diesen Versuch können wir China, das zu einer Wirtschaftsmacht und zum weltweit größten CO<sub>2</sub>-Emittenten herangewachsen ist, nicht durchgehen lassen. Vielmehr müssen wir, wie es auch die EU tut, deutlich machen: Auch die Chinesen müssen am Ende ihren Beitrag leisten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Michael Kauch [FDP])

Das ist nicht nur unsere Position, sondern diese Position wird auch von den ärmsten Entwicklungsländern unterstützt, gerade von den Inselstaaten, die gegenüber China zum Ausdruck bringen: Wir spielen in einer anderen Liga, und deshalb müsst ihr euch zu eigenen Beiträgen verpflichten.

Darauf hinzuwirken, wird die Aufgabe der Bundesregierung, aber auch der Europäischen Union sein. Beson-

**Andreas Jung (Konstanz)**

- (A) ders Deutschland und die Bundeskanzlerin drängen darauf, dass die EU sich verpflichtet, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß gegenüber 1990 bis 2020 um 30 Prozent zu verringern. Ich will deutlich sagen: Für mich ist nicht vorstellbar, dass wir am Ende dieses Gipfels hinter diese Ankündigung zurückfallen; denn wir müssen unserer Vorreiterrolle, die auch die EU für sich beansprucht, gerecht werden.

Ein weiterer Punkt ist die **Finanzierung**. Vonseiten der EU und der Bundesregierung gibt es ganz konkrete Angebote für die kurzfristige Perspektive bis 2012. Es wurde ganz konkret von der Bundesregierung gesagt und vom Bundesumweltminister vor Ort bestätigt, dass das Geld, das dort fließt, zusätzlich obendrauf kommt und nicht von dem Geld abgezweigt wird, das wir etwa für die Armutsbekämpfung einsetzen. Das ist die entscheidende Botschaft.

(Ulrich Kelber [SPD]: Auch zusätzlich zu den Zusagen?)

Herr Kelber, wenn Sie und andere jetzt sagen, man muss das 0,7-Prozent-Ziel erfüllen und man muss noch zusätzliches Geld obendrauf legen, dann verlangen Sie, dass die neue Bundesregierung in drei Monaten mehr macht als Ihre Entwicklungshilfeministerin in drei Wahlperioden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Ulrich Kelber [SPD]: Nein! Wir haben einen Stufenplan zugesagt! Das wissen Sie auch!)

- (B) Diesen Versuch halte ich für unredlich. Sie zünden Nebelkerzen und tragen mit diesen falschen Informationen dazu bei, dass nicht etwa Vertrauen wächst, das wir jetzt dringend brauchen, sondern dass eher Misstrauen gesät wird. Damit erweisen Sie dem Klimaschutz mit Sicherheit einen Bärendienst.

(Ulrich Kelber [SPD]: Das ist eine Pflichtleistung!)

In den nächsten Tagen wird es um Folgendes gehen: ambitionierte Reduktionsziele und Beiträge für die Finanzierung, auch langfristige Beiträge, die die EU auf dem Europäischen Rat in Höhe von 100 Milliarden Euro bis 2020 gesehen hat. Wenn man sich heute früh die Äußerungen Äthiopiens anschaut, dann kann man durchaus eine Bewegung aufeinander zu feststellen. Das macht uns Hoffnung.

Jetzt geht es darum, gemeinsam hinter der Bundeskanzlerin und dem Bundesumweltminister zu stehen. Wir hoffen auf einen Erfolg des Gipfels in Kopenhagen. Er darf nicht scheitern.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Das Wort hat der Kollege Andreas Lämmel für die Unionsfraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Andreas G. Lämmel (CDU/CSU):**

(C)

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Den Letzten beißen bekanntlich die Hunde. Aber der Letzte hat die Möglichkeit, die gesamte Debatte etwas zusammenzufassen.

Es war schon sehr interessant, die verschiedenen Standpunkte zu hören. Da gab es die grüne Märchenstunde von Frau Künast. Man muss sich schon fragen, warum Sie diese Polemik immer wieder vorbringen.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was? Heute war ich sachlich!)

Ich möchte kurz auf die Regierungszeit von Rot-Grün eingehen. Frau Künast, Sie sollten sich diese Zahlen einmal anhören. In sieben Jahren rot-grüner Regierungszeit wurden die Aufwendungen für die Entwicklungszusammenarbeit um 300 Millionen Euro gesenkt, während in der Zeit der rot-schwarzen Regierung ein Aufwuchs von 3,9 auf 5,7 Milliarden Euro zu verzeichnen war.

(Ulrich Kelber [SPD]: „Rot-schwarz“ ist die richtige Reihenfolge!)

Ein weiterer Punkt, den die SPD geflissentlich verschweigt: Der letzte Haushaltsentwurf der rot-schwarzen Regierung vom Juni wurde an der Stelle um noch einmal 44 Millionen Euro aufgestockt.

(Ulrich Kelber [SPD]: Nein! Nein!)

Da kann man doch wirklich nicht davon sprechen, dass die Regierung die Ziele der Entwicklungsarbeit aufgeben hätte.

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Herr Kelber, ich komme jetzt zu Ihnen.

(Ulrich Kelber [SPD]: Oh ja!)

Sie sprachen davon, dass die 420 Millionen Euro, die Deutschland zusätzlich für den Klimaschutz bereitstellen möchte, Peanuts wären.

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Kollege Lämmel, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Koczy?

**Andreas G. Lämmel (CDU/CSU):**

Ja, bitte schön.

**Ute Koczy (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Kollege Lämmel, weil es jetzt um die Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit geht, möchte ich Sie fragen: Ist Ihnen bekannt, dass Deutschland auch unter der Bundeskanzlerin Angela Merkel bereit war, zuzusagen, die **Entwicklungsgelder auf 0,51 Prozent des Bruttonationaleinkommens** im Rahmen des europäischen Stufenplans aufzustocken, und dass Sie mit dieser von Ihnen angesprochenen Aufstockung um 44 Millionen Euro weit darunterliegen? Wahrscheinlich werden stattdessen bis 2010 3 Milliarden Euro in dem entsprechenden Haushalt fehlen.

(A) **Andreas G. Lämmel** (CDU/CSU):

Verehrte Kollegin, mit den Quoten ist es immer so eine Sache. Für mich ist die Frage der Quantität noch lange nicht entscheidend für die Qualität.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Ulrich Kelber [SPD])

– Herr Kelber, wir reden über Steuergeld. Es ist nicht Ihr Geld, sondern es ist das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Deutschland.

(Ulrich Kelber [SPD]: Das ist eine Zusage Ihrer Kanzlerin gewesen!)

Bundeskanzlerin Merkel regiert immer noch. Das mag Ihnen zwar nicht gefallen; aber sie wird zu den Zusagen stehen.

Man muss natürlich sehen, dass auch in Deutschland und Europa die Haushaltslage aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise nicht besser geworden ist. Insofern erinnere ich Sie nur an Ihre Regierungszeit. Sie haben die Mittel immer weiter gesenkt, während wir sie in den letzten Jahren immer weiter angehoben haben.

(Beifall bei der CDU/CSU – Ulrich Kelber [SPD]: Solange wir dabei waren, schon!)

Herr Kelber, jetzt zu Ihren 420 Millionen Euro, die zumindest Ihrer Meinung nach Peanuts sind.

(Ulrich Kelber [SPD]: Das ist Ihre Wortwahl!)

## (B) Auch das ist Steuergeld; das muss man immer wieder sagen. Es muss erst einmal erwirtschaftet und erarbeitet werden, bevor wir mit einem lausigen Federstrich 420 Millionen Euro zusätzlich ausgeben können.

Außerdem ist es scheinheilig, was Sie hier betreiben; denn Sie sagen nicht, dass die Aufwendungen Deutschlands für Klimaschutzmaßnahmen ein Vielfaches dieses Betrages ausmachen. Sie verschweigen zum Beispiel, dass die Verbraucher in Deutschland allein rund 27 Milliarden Euro aufbringen müssen, um im Rahmen der Energiewende den **Solarstrom** zu bezahlen. Mit diesen 27 Milliarden Euro leisten die deutschen Verbraucher – die Privatverbraucher genauso wie die Wirtschaft – Entwicklungshilfe für China und Japan, weil der deutsche Markt mittlerweile zumindest zu 50 Prozent von asiatischen und damit auch chinesischen Solarmodulen beherrscht wird. Das haben Sie in Gang gesetzt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Für uns gelten drei Kriterien, die außerordentlich wichtig sind, wenn man den Erfolg der Klimaschutzkonferenz in Kopenhagen messen will:

Das Erste ist die **Nachprüfbarkeit der Ziele**. Darüber wurde heute schon diskutiert; dies ist enorm wichtig. Denn es spricht leider keiner mehr davon, dass Deutschland eines der wenigen Länder in der Welt überhaupt ist, das die im Rahmen des Kioto-Protokolls eingegangenen Verpflichtungen annähernd erfüllt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die anderen haben sich teilweise sehr bemüht, weitere haben sich heimlich vom Acker gemacht. Wir brauchen hier ein klares Ranking, das im Internet veröffentlicht wird, sodass jeder sehen kann, welche Verpflichtungen eingegangen und welche Verpflichtungen erfüllt worden sind.

Das Zweite ist die **Transparenz der Geldflüsse**. Ich habe es schon gesagt: Es ist kein Wert an sich, über Millionen zu sprechen. Auch mir gehen 500 Millionen oder Milliarden schnell über die Lippen. Die Frage ist, wofür das Geld mit welcher Effizienz eingesetzt wird. Hier brauchen wir Transparenz. Wir müssen wissen, um was es überhaupt geht, welche Projekte damit finanziert werden können und ob dieses Geld dort ankommt, wo es seinen Effekt erzielen soll.

Das dritte Thema ist die **Wettbewerbsneutralität**. Es ist klar, dass wir in Deutschland gewaltig in Vorleistung gegangen sind. Wir haben schon große Probleme zum Beispiel bei der stromintensiven Industrie, nämlich eine Belastung des Strompreises durch Sie, Herr Kelber; Sie sind ganz vorn mit dabei.

(Ulrich Kelber [SPD]: Sie haben aber lange gebraucht, um sich das aufzuschreiben!)

Wenn die stromintensive Industrie in andere Länder zieht und vielleicht Arbeitsplätze in Entwicklungsländer exportiert, dann steigen bei uns in Deutschland die Soziallasten.

Sie sollten sich eines vor Augen halten: Wenn die Leistungsfähigkeit Deutschlands nicht so stark wäre, wie sie ist – das ist der deutschen Wirtschaft zu verdanken –, dann bräuchten wir uns doch überhaupt nicht über die Milliarden zu unterhalten, die wir für diese Programme zur Verfügung stellen können. Deswegen müssen wir die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft erhalten und die Arbeitsplätze in Deutschland sichern. Daher gilt es, im Rahmen des Klimaschutzabkommens gleiche Wettbewerbsbedingungen überall in der Welt zu garantieren.

(Beifall bei der CDU/CSU – Ulrich Kelber [SPD]: Das ist die echte Umweltpolitik von CDU/CSU! So denken Sie! End of Pipe!)

Die vorhin genannten Kriterien gelten für uns. Wenn weltweit die gleichen Bedingungen eingehalten werden, dann entwickelt sich aus der Klimaschutzkonferenz ein Erfolg.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Das Wort zu einer Kurzintervention hat die Kollegin Wieczorek-Zeul.

**Heidemarie Wieczorek-Zeul** (SPD):

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich in den Diskussionen der letzten Wochen zurückgehalten.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Das ist auch gut so!)

(C)

(D)

**Heidmarie Wieczorek-Zeul**

- (A) Aber da heute Morgen immer wieder Zahlen genannt worden sind, die verwirrend und falsch sind, will ich daran erinnern, wie der **Stufenplan** zur Steigerung der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit entstanden ist. Das 0,7-Prozent-Ziel ist zum ersten Mal in den 70er-Jahren festgelegt worden, aber ohne jede zeitliche Festlegung, ohne einen Stufenplan, wie die Mittel gesteigert werden sollen.

Es gibt nur eine vergleichbare Zahl: Official Development Assistance. Diese Quote wird von der OECD gemessen und ist für alle Länder vergleichbar. Am Ende der Regierungszeit von Helmut Schmidt lag diese Zahl bei 0,48 Prozent. Im Jahr 1998, am Ende der Regierungszeit von Helmut Kohl, lag der Wert bei 0,26 Prozent.

Das ist der Stand, den ich im Jahr 1998 als neue Entwicklungsministerin vorgefunden habe. Im Jahr 2001, unter sozialdemokratischer Regierungsführung von Gerhard Schröder, haben wir zum ersten Mal einen Stufenplan entwickelt. Dadurch sind überhaupt erst Steigerungen zustande gekommen. Damals wurde gesagt, dass die Zahl bis 2005 EU-weit auf 0,33 Prozent steigen soll; das haben wir erreicht. Im Mai 2005, auch noch in Gerhard Schröders Regierungszeit, wurde der EU-Stufenplan festgelegt. Er sieht für den Zeitraum bis 2010 eine Steigerung der Zahl auf 0,51 Prozent vor; bis 2015 soll die Quote auf 0,7 Prozent steigen. Wir werden nun im Jahr 2009 – so wird vermutet – einen Wert von etwa 0,41 Prozent erreichen.

- (B) Ich lege Wert darauf: Die Steigerung der Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit ist maßgeblich unter sozialdemokratischem Einfluss erfolgt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie ist schrittweise erfolgt, gemäß dem Stufenplan, der jetzt von anderen gebrochen wird.

(Beifall bei der SPD)

Das ist die Wahrheit; diese sollte einfach zur Kenntnis genommen werden.

(Ulrich Kelber [SPD]: Das sind Fakten! Da kann man nicht dran vorbeireden!)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Sie haben das Wort zur Erwiderung.

**Andreas G. Lämmel (CDU/CSU):**

Meine Damen und Herren! Es ist jetzt eine wilde Aufrecherei in Gang gekommen,

(Ulrich Kelber [SPD]: Offizielle Zahlen! – Gegenruf des Abg. Dr. Christian Ruck [CDU/CSU]: Zuhören, Herr Kelber!)

die im Übrigen von Ihrer Rednerin begonnen wurde. Keiner im Publikum kann überhaupt nachvollziehen, was Sie hier alles darstellen.

Es bleibt festzuhalten, dass die **Aufwendungen für die Entwicklungszusammenarbeit** in der Zeit der Großen Koalition von 3,9 auf 5,7 Milliarden Euro angestie-

gen sind. Es bleibt festzuhalten, dass die Mittel in der Endphase der rot-grünen Koalition gekürzt wurden. (C)

(Heidmarie Wieczorek-Zeul [SPD]: Nein!  
Das stimmt nicht!)

Es bleibt festzuhalten, dass das Ausgabevolumen im neuen Haushaltsentwurf der schwarz-gelben Koalition gegenüber dem Haushaltsentwurf der Großen Koalition um weitere 44 Millionen Euro gesteigert worden ist.

(Beifall bei der CDU/CSU – Heidmarie Wieczorek-Zeul [SPD]: Nein!)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Zu einer weiteren Kurzintervention hat der Kollege Dirk Niebel das Wort.

**Dirk Niebel (FDP):**

Sehr geehrter Kollege, um die Verwirrung aus der Debatte zu nehmen, möchte ich Folgendes feststellen: Das **0,7-Prozent-Ziel** ist im Koalitionsvertrag vereinbart. Die Frau Bundeskanzlerin hat in der Regierungserklärung hier in diesem Hause festgestellt, dass bis zum Jahre 2012 das 0,7-Prozent-Ziel erreicht werden soll.

(Zurufe von der SPD: 2012? – Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Schon wieder neue Zahlen!)

Sie hatte darüber hinaus festgestellt, dass Entwicklungszusammenarbeit keine Neben-, sondern eine Hauptsache für die neue Bundesregierung ist.

Es bleibt festzustellen, dass die erreichte Quote im Jahre 2008 bei 0,38 Prozent lag, im Jahr 2009 vermutlich bei 0,37 Prozent liegen wird und das Ausgabevolumen im Haushaltsentwurf der neuen Bundesregierung für den Einzelplan 23 – Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung – im Vergleich zum letzten Haushaltsentwurf der Großen Koalition unter dem sozialdemokratischen Finanzminister Peer Steinbrück weiterhin anwächst, und zwar um 44 Millionen Euro Barmittel zusätzlich. (D)

Das ist weniger, als wünschenswert ist. Vor dem Hintergrund der größten Wirtschafts- und Finanzkrise ist es aber ein deutliches Signal, dass die entwicklungspolitische Zusammenarbeit für die neue Bundesregierung von hohem Stellenwert ist. Sie wird auch in Zukunft mit diesem hohen Stellenwert betrachtet.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Der Staatssekretär von Westerwelle!)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Sie haben das Wort zur Erwiderung.

**Heidmarie Wieczorek-Zeul (SPD):**

Eigentlich ist es nicht an mir, die Vertreter der jetzigen Regierungsmehrheit daran zu erinnern, was in ihrem **Koalitionsvertrag** steht. Im Koalitionsvertrag steht nämlich weder ein Zeitziel noch irgendein Stufenplan für die Steigerung der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit. Entweder nehmen Sie den Koalitionsver-

**Heidemarie Wieczorek-Zeul**

- (A) trag nicht ernst oder Sie haben sich nicht ausreichend um das Thema gekümmert.

Ich will aus meiner eigenen Erfahrung nur sagen – ich weiß, dass es manchmal sehr schwierig war –: Das Einzige, was zählt, sind nicht allgemeine Erklärungen, sondern Koalitionsverträge und entsprechende Stufenpläne, die festgelegt sind. Wenn es schwierig wird, sind sie nämlich der Referenzpunkt in der Auseinandersetzung mit dem Finanzminister.

Sie haben bei diesen Fragen keinen Schwerpunkt gesetzt und nicht aufgepasst, dass das entsprechend verankert wird.

(Dirk Niebel [FDP]: Sie doch auch nicht!)

Das wird sich rächen. Es tut mir leid, dass wir uns jetzt und hier darüber auseinandersetzen müssen, aber ich finde, Sie sollten Ihre Fehler auch einräumen.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Zur gerade entstandenen Verwirrung: Ich empfehle uns allen, die Regeln zum Thema Kurzintervention und die Gründe, wann man zu einem solchen Mittel greifen kann, nachzulesen. Es geht einerseits um persönliche Ansprache, andererseits um Auseinandersetzungen mit Positionen. Insofern war es sicherlich möglich, der Kollegin Wieczorek-Zeul die Möglichkeit zur Erwiderung zu geben. Es wäre auch möglich gewesen, anderen die Möglichkeit einzuräumen.

- (B) Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zu den Zusatzpunkten 2 bis 5. Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 17/271, 17/260, 17/246 und 17/235 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

(C)

(D)